

Zeigt Kohl die rote Karte!



Ein Fußballspiel endet nach 90 Minuten. Für Spieler, die durch unfaires Verhalten auffallen, ist früher Schluß – durch die rote Karte. Die CDU/FDP-Regierung fällt seit acht Jahren durch unfaire Verteilung von unten nach oben auf und möchte dafür gerne eine verlängerte Spielzeit – also zwölf Jahre. Wir sollten sie vom Platz stellen.

„Kanzler aller Deutschen“ will Kohl sein. Also Kanzler der Wohnungssuchenden und der Spekulanten? Kanzler der Arbeitslosen und der Kapitalisten? Kanzler der Schuldner und der Banker? Kanzler der Sozialhilfeempfänger und der Reichen? Kanzler der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und der Sparpolitiker?

Alle haben etwas gemeinsam: einen Reisepaß mit Adler, aber sonst nichts. Es sind Menschen mit unterschiedlichsten Interessen. Sie alle unter einen Hut zu bringen, wäre doch ein bißchen viel verlangt von einem schwarzen Bundeskanzler. Ganz zu schweigen davon, daß er Kanzler aller in Deutschland lebenden und arbeitenden Menschen gar nicht erst sein möchte: Der ausländi-

sche Kollege hat Steuern zu zahlen – sonst nichts. Kohl ist deswegen auch nur Kanzler der Spekulanten, Kapitalisten, Banker und Sparpolitiker.

Den Ostdeutschen verspricht die Kohl-Regierung raschen Aufschwung und Angleichung der Lebensverhältnisse. Manche haben das schon geschafft. Einige wenige Bürger der ehemaligen DDR sind nun Minister ohne Geschäftsbereich, Verdienst: 32.000 DM monatlich. Einige hunderttausend Bürger der ehemaligen DDR sind nun Arbeiter ohne Geschäftsbereich, Verdienst: Null.

Angleichung der Lebensbedingungen? Aber die FDP tritt für ein Billiglohn- und Niedrigsteuer-Paradies im Osten ein. Wären die westdeutschen

Unternehmer in der Lage und willens, alle deutschen Regionen gleichmäßig zu entwickeln, warum gibt es dann im Emsland, in Bochum und im bayrischen Wald zweistellige Arbeitslosenquoten?

Umweltpolitisch sieht es in Ostdeutschland noch schlimmer aus als im Westen. Aber hier geht es mit der Angleichung voran. Die DDR-Energiewirtschaft ist schon fest in den Händen der westdeutschen Atommafia. Ein strahlender Kanzler ist zu verkraften, ein strahlendes Deutschland nicht.

Kohl sagt, der 3. Oktober sei der schönste Tag der Deutschen in diesem Jahrhundert. Aber der 2. Dezember könnte auch ein schöner Tag werden, wenn wir Kohl die rote Karte zeigen.

Allerdings darf die SPD-Mannschaft nicht weiter Eigentore erzielen. Würden im Fußball beide Mannschaften auf das gleiche Tor schießen, wären die Fans zurecht verärgert.

Die SPD-Führung muß ein alternatives Konzept bieten, statt ebenfalls auf „sozial verträgliche Marktwirtschaft“ zu setzen. Die Alternative zur Profitwirtschaft auf Kosten der Lohnabhängigen heißt: demokratisch geplante Wirtschaft im Interesse der arbeitenden Bevölkerung und der Umwelt.

Kolleginnen und Kollegen, diesmal die SPD in die Pflicht nehmen. Sozialdemokratisch wählen und die Marxisten in der SPD unterstützen.

Stefan Fisahn, Stuttgart
Jungsozialist

~~SPD~~ wählen ~~SPD~~ sozialistisch erneuern

Großkonzerne, Banken und Versicherungen, die Reichen in dieser Gesellschaft verdienen sich an Kohls Politik eine goldene Nase. Ihr System, die angeblich „soziale“ Marktwirtschaft, kann keines der drängenden Probleme lösen. Ihre Profitinteressen lassen sich nicht mit Arbeit, Wohnung und sauberer Umwelt für alle vereinbaren. Die Vorstände dieser Unternehmen bilden eine eigene Art von „Regierung“, die wir am 2. Dezember we-

der wählen noch abwählen können. Um unsere Interessen gegen sie durchzusetzen, brauchen wir eine sozialistische Politik.

Sozialismus hat nichts zu tun mit bürokratischer Herrschaft und stalinistischer Diktatur. Sozialismus ist eine Gesellschaft, in der die arbeitende Bevölkerung ihre Geschicke in die eigene Hand nimmt, Wirtschaft und Staat in ihrem Interesse lenkt. Eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft in

Richtung auf sozialistische Demokratie kann nur von der Mehrheit der Lohnabhängigen selbst erkämpft werden. Dazu bedarf es einer organisierten Kraft, einer Partei sowohl mit breiter Verankerung in der Arbeitnehmer-schaft als auch mit sozialistischem Programm. Die SPD hat zumindest eines: Sie ist von ihrer Mitglieder- und Wählerbasis, ihrer Verankerung in den Gewerkschaften und ihren Traditionen her die Partei der Lohnabhängigen in

Deutschland. Die SPD-Politik ist allerdings alles andere als sozialistisch.

Wir wollen die Wahl einer Regierung, mit der wir unsere Interessen durchsetzen können. Eine SPD-geführte Regierung bietet dazu die einzige Möglichkeit, allerdings nur dann, wenn wir es nicht beim Wählen belassen, sondern selbst für die Durchsetzung unserer Interessen aktiv werden. Wir müssen für eine Mehrheit der SPD auf der Grundlage eines sozialistischen Pro-

gramms kämpfen.

Linke Proteststimmen (für PDS oder Grüne) oder außerparlamentarische Protestbewegungen üben zwar Druck auf die SPD aus. Dieser Druck muß aber von einem starken linken Flügel in der SPD aufgegriffen werden. Es führt daher kein Weg daran vorbei, die SPD sozialistisch zu erneuern. Darum: Am 2. Dezember SPD wählen. Selbst aktiv werden. Die SPD instandbesetzen.

Ulf Petersen, Köln, Jungsozialist

Der Kommentar

Mehrheit links von der CDU in Brandenburg

Völlig gegen den Trend ist das Ergebnis der Landtagswahl in Brandenburg gewesen. Dort gibt es eine satte Mehrheit links von CDU/FDP. SPD, PDS, Grüne und Bündnis 90 haben zusammen 60,9% der Stimmen oder 61 von 88 Landtagsitzen. Diese Mehrheit kann gut genutzt werden, um den Rechtstrend in Deutschland zu stoppen. Fragt sich nur wie.

Eine Koalitionsregierung unter Einschluss der FDP würde aus einem linken Wahlergebnis eine rechte Politik machen. Während der sozialliberalen Koalition in den 70er Jahren hat die FDP sozialdemokratische Reformen abgeblockt. In Hamburg spielt die FDP noch immer diese Rolle. Die 6,5%-Partei hat gegenüber der 45% starken SPD dort durchgesetzt, daß sich Hamburg im Bundesrat enthalten muß, wenn es in der Hamburger Koalition unterschiedliche Positionen gibt. Die heutige gesamtdeutsche FDP ist ein Verschnitt der westlichen Lambsdorff-Partei mit den Ex-Stalinisten der DDR-Liberalen. Auf der Suche nach neuen Herrschaftsformen, die ihnen Karriere und Privilegien sichern sollten, wurden die DDR-Liberalen von der Revolution in die Arme von Graf Lambsdorff getrieben. Die FDP vertritt einen knallharten kapitalistischen Kurs. Sie fördert die radikale Aufhebung aller Schutzrechte in der DDR, Steuerfreiheit, Investitionszuschüsse und Billiglöhne für Investoren in der DDR.

Selbst bei der Liberalisierung des Abtreibungsrechts hat die FDP sofort nach den Landtagswahlen einen Rückzieher gemacht. Eine interfraktionelle 218-Initiative mit der SPD wurde kurzerhand aufgekündigt. Es gibt keine Gemeinsamkeit zwischen den Interessen der SPD-Wähler und der FDP-Politik. Deshalb darf es zu keiner Zusammenarbeit mit der FDP kommen.

Zusammenarbeit mit PDS und Bündnis 90 / Grüne

Dagegen gibt es die Möglichkeit der Durchsetzung der Wählerinteressen durch Zusammenarbeit mit dem Bündnis 90 und der PDS. Diese Chance muß genutzt werden, indem die SPD ein sozialistisches Regierungsprogramm vorlegt und Bündnis 90 wie PDS zur Unterstützung auffordert.

Die SPD-Führung muß endlich damit aufhören, die PDS als Hauptfeind zu bekämpfen. Selbst im „Vorwärts“ vom August 1990 wird zugegeben, daß 1,8 Mio. ehemalige SED-Mitglieder nicht PDS gewählt haben, dafür aber etwa 1,4 Millionen, die nie Mitglied der SED waren, „als es noch vorteilhaft war“. Der „Vorwärts“ schreibt, diese Wähler „haben die PDS wahrscheinlich für eine neue Partei gehalten, für die Partei des Demokratischen Sozialismus“.

Die von der SPD-Führung derzeit betriebene Ausgrenzung der PDS ist umso unverständlicher, wenn man bedenkt, daß die SPD-Führung weder Schwierigkeiten hatte, mit den kaum „gewendeten“ Blockparteien CDU und FDP noch früher mit der alten stalinistischen SED-Spitze zusammenzuarbeiten.

Ein sozialistisches Regierungsprogramm für den brandenburgischen Landtag müßte enthalten:

- Keine Privilegien für Abgeordnete. Kein Landtagsabgeordneter und kein gewählter Funktionär darf mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn verdienen.
- Entlassung aller Firmenleiter und leitenden Staatsbeamten, die nicht das Vertrauen ihrer Untergebenen haben. Sie müssen zu normalen Bedingungen in der Produktion beschäftigt werden.
- Demokratische Wahl von Vorgesetztenpositionen auf allen Ebenen in Staat und Wirtschaft.
- Vollständige Auflösung der Stasi und keine Einführung eines Verfassungsschutzes.
- Tätigkeitsverbot für die Treuhandgesellschaft auf dem Gebiet von Brandenburg und Überführung aller Produktionsanlagen in Landeseigentum.
- Jeder Privatverkauf von Volksvermögen, bei dem sich Personen bereichern, wird rückgängig gemacht.
- Entschädigungs- und Rückgabeanträge früherer Grundbesitzer werden nur auf der Grundlage eines Bedürftigkeitsnachweises angenommen und bearbeitet.
- Erstellung eines Produktionsplanes in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Belegschaften und LPGen.
- Öffentliches Beschäftigungsprogramm unter Einbeziehung aller Arbeitslosen und Kurzarbeitern.
- Rückgängigmachung aller bereits durchgeführten Kürzungen im Sozialbereich und Wiedereinführung des alten Standards als Mindeststandard.
- Mietpreisstopp.
- Freigabe der Abtreibung im Land Brandenburg.
- Verabschiedung einer sozialistischen Landesverfassung, die diese Programmpunkte verabschiedet.

Mit einer solchen Politik könnte deutlich gemacht werden, daß es eine Alternative zu Stalinismus und Kapitalismus gibt. Dies könnte Ausgangspunkt einer sozialistischen Offensive aller SPD-regierten Länder und Gemeinden gegen das Kapital und seine Parteien sein. (20. Oktober 1990)

Aktuelles

„Eiserner Vorhang“ für Flüchtlinge?

Das Thema Asylbewerber, Aussiedler und Ausländer wird von den Regierungsparteien immer stärker dazu mißbraucht, um von den Ursachen wirtschaftlicher Probleme abzulenken und diese Menschen zu Sündenböcken zu stempeln.

In diesem Jahr sind von Januar bis Juli 100.000 Asylbewerber nach Deutschland gekommen. Obwohl der Trend aufwärts geht, ist es schwer zu verstehen, wieso ein paar hunderttausend Flüchtlinge für ein jetzt 80 Millionen Einwohner starkes Land ein unlösbares Dilemma bedeuten sollen. Sie werden erst zu einem Problem, wenn es zu wenig Wohnungen, nicht genügend Arbeitsplätze und eine immer stärker werdende Kluft zwischen Arm und Reich gibt.

Von Anfang der 50er bis Mitte der 60er Jahre sind problemlos 10 Millionen Einwanderer, Ausländer und Flüchtlinge in Deutschland aufgenommen worden. Sie sind schnellstens in die Produktion eingegliedert und sogar händelnd angeordnet worden. Diese Vergleichszahlen zeigen, daß im Grunde wirtschaftliche Interessen hinter dem „Problem“ stehen. Wenn die Milliarden-Profite der Wirtschaft im Interesse der arbeitenden Bevölkerung investiert würden, dann gäbe es eine Menge mehr Arbeitsplätze, mehr Wohnungen und eine soziale Mindestsicherung für alle. Wir wären in der Lage, mehr Menschen aufzunehmen, ohne daß es zu sozialen Konflikten kommt.

Ursachen beseitigen

Grundlegend muß man natürlich die Lage in den Herkunftsländern der Flüchtlinge selbst verändern. Man muß die Länder, in denen Hunger und Elend herrschen, wirtschaftlich aufbauen, Kriege und Bürgerkriege verhindern. Aber die multinationalen Konzerne der Industrienationen haben kein Interesse daran, ihre Weltmarktstellung aufzugeben. Sie unterdrücken die armen Länder durch ihre Schuldenpolitik. Auch an Kriegen, Militärputschen und Bürgerkriegen sahnen die Rüstungs- und Chemiekonzerne gewaltig ab. Für sie zählt nur der Profit. Es stört sie herzlich wenig, daß täglich 40.000 Kinder verhungern, obwohl die technischen Mög-

lichkeiten da sind, 7 Milliarden Menschen zu ernähren. Der Aufschwung in den westlichen Ländern basiert ja u.a. auf der Ausbeutung und Unterdrückung des restlichen Teils der Welt.

Die beste Hilfe für die Herkunftsländer der Flüchtlinge besteht darin, daß wir die Großkonzerne und Banken in den Industrienationen unter demokratische gesellschaftliche Kontrolle bringen, um jedem Menschen ausreichende Ernährung, ein Dach über dem Kopf, Arbeit und ein Leben ohne Angst vor Folter oder Krieg zu ermöglichen. Dies kann nur die organisierte Arbeiterbewegung schaffen, wenn sie geschlossen und mit einem sozialistischen Programm bewaffnet ist.

Die Spaltung der Arbeiterklasse, die Unterteilung von Menschen in 1. und 2.

Klasse und Diskriminierung von einzelnen Schichten muß schon in den kleinsten Ansätzen verhindert werden. Die SPD muß auch eindeutig gegen die Initiative des CDU-regierten Baden-Württembergs im Bundesrat aufzutreten, die darauf hinausläuft, Flüchtlinge an der Grenze abzuschleppen, wenn sie aus Ländern kommen, in denen „nach allgemeiner Überzeugung“ keine politische Verfolgung besteht. Zu diesen Ländern sollen auch osteuropäische Länder gehören. Doch trotz allen politischen Tauwetters gibt es in der UdSSR, Rumänien und Jugoslawien nach wie vor politische Verfolgung. Das Asylrecht als individuelles Recht des Flüchtlings würde auf diese Weise unterlaufen. Der Willkür der Einschätzung der Länder nach wirtschaftlichen oder außenpolitischen Erwägungen wäre Tür und Tor geöffnet.

Wir müssen in der SPD dafür kämpfen, daß sie die Interessen aller in Deutschland lebenden und arbeitenden Menschen - Ausländer wie Deutsche - vertritt und jedem Spaltungsversuch entgegenwirkt.

Kim Opgenoorth, Aachen
Jungsozialist



Aachener Juso-Transparent.

Grüne oder PDS - eine Wahlalternative?

Viele kritische Jugendliche sind zu recht mit der SPD-Politik unzufrieden und suchen nach Alternativen oder überlegen, ob sie überhaupt wählen gehen sollen. Aber jede Stimme für die „Partei der Nichtwähler“ ist eine Stimme für die Regierungsparteien. Könnten die Grünen eine Alternative sein? Die Grünen haben viel dazu beigetragen, daß das Umweltbewußtsein geschärft wurde und die etablierten Parteien sich damit auseinandersetzen müssen. Doch trotz der Grünen und trotz gestiegenem Umweltbewußtsein gibt es heute mehr Umweltzerstörung denn je. Grund: das Profitsystem, das davon lebt, Mensch und Natur auszubeuten. Da die Grünen aber das Übel nicht an der Wurzel packen, gehen sie mehr und mehr in den Sachzwängen von Profitsystem und Parlamentarismus unter.

Soziale Fragen und Umweltfragen können nicht getrennt voneinander gelöst werden. Zur Lösung beider Fragen ist die organisierte Arbeiterschaft die entscheidende Kraft. Die Grünen haben aber keinen Draht zur Arbeiterklasse. Oft stellen sie Umweltfragen sogar gegen Belegschaftsinteressen, wenn sie z.B. einfach Betriebsschließungen von Giftschleudern fordern, ohne die Frage zu beantworten, wie die Beschäftigten ihre Existenz sichern sollen.

Gut, mag ein Grünsympathisant einwenden, dann sollen die Grünen eben mit der SPD eine Koalition bilden. Nur, was ist, wenn die SPD das nicht macht? Die Erfahrung zeigt, daß die SPD-Führung sich von einer rechnerischen rot-grünen Mehrheit nicht beeindrucken läßt und eine Koalition mit FDP oder CDU vorzieht. Und dort, wo es rot-grüne Regierungen gab, drücken die Grünen die SPD nicht nach links, sondern eher umgekehrt. Nicht umsonst sind die Realos inzwischen die Mehrheit bei den Grünen. Also, wir brauchen in jedem Fall eine sozialistische Partei, die die Gesellschaft verändert.

Könnte dies die PDS sein? Aber was wollen Gysi und Modrow? Nicht der Mangel an Demokratie ist ihrer Ansicht nach Ursache für das Scheitern der Planwirtschaft, sondern die Planwirtschaft als solche, also muß die Marktwirtschaft her.

Doch wird hier vielleicht nicht geplant? Nicht in erster Linie von einer staatlichen Bürokratie. Dafür aber in den Chefetagen der Banken, Versicherungen und Konzerne, und das noch jeweils im Einzelinteresse des Unternehmens und in Konkurrenz zu anderen. Von Demokratie keine Spur. Gewerkschaften und Betriebsräte können allenfalls die schlimmsten Auswüchse von

Unternehmerwillkür eindämmen. Demokratie beschränkt sich darauf, eine Regierung zu wählen, die von diesen Konzernherren gesagt bekommt, was in ihre 10-Jahrespläne paßt und was nicht, was in ihrem Profitinteresse notwendig ist und was unterbleiben muß. Und diesen Profitinteressen fallen auch die sozialen Standards zum Opfer, die die PDS in die Marktwirtschaft hinüberretten will.

Um die von der kapitalistischen Wirtschaft verursachten Probleme zu lösen, muß auf der Grundlage von gesellschaftlichem Eigentum und gesellschaftlicher Planung eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aufgebaut werden, die sich am Interesse der Masse der Bevölkerung und einer gesunden Umwelt orientiert. Sozialismus braucht die bewußte, aktive Teilnahme der Arbeitnehmer an der Planung der Produktion. Die PDS wird aber nie eine Mehrheit der deutschen Arbeiter gewinnen, denn sie ist von 40 Jahren Stalinismus gebrandmarkt.

Im Gegensatz zu den Grünen und der PDS ist die SPD die traditionelle Massenpartei der Arbeiterklasse, d.h. der abhängig Beschäftigten und ihrer Familien. Schon heute gibt es viele Schüler, Azubis, Arbeiter, Angestellte an der Basis der SPD, die unzufrieden mit der Politik der Parteispitze sind. In der SPD eine Mehrheit für ein sozialistisches Programm zu gewinnen und Vorstände und Abgeordnete zu wählen, die dieses Programm in die Tat umsetzen, muß das Ziel sein.

Ursel Beck, Stuttgart
SPD-Mitglied

VORAN zur sozialistischen Demokratie

Überregionale marxistische Monatszeitung für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften. Erscheint seit 1973.

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V., verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfinger.

Redaktionsanschrift:

VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 02 21 / 13 4504.

Druck:

Blitz-Druck GmbH, Im Hesselbruch 16, 4300 Essen 11.

Bankverbindung:

Postgiroamt Essen, BLZ 360 100 43, Konto-Nr. 2500 59-430.

SPD-Politik

Schluß mit der Anbiederung an Kohl!

„Wir setzen auf Sieg“, so lautet die Überschrift eines Interviews mit Oskar Lafontaine in der neuesten Ausgabe des „Vorwärts“. Diesen Optimismus teilen allerdings die wenigsten Aktivisten an der Basis. Die Landtagswahlergebnisse in Bayern und den fünf neuen Bundesländern haben die schlimmsten Befürchtungen übertroffen. Auch wenn es einige Parteifunktionäre nicht wahrhaben wollen: Dies sind katastrophale Ergebnisse. Wenn die Politik der SPD nur eine Kopie von CDU und FDP ist, dann zieht der Wähler das Original vor oder geht gar nicht wählen.

Die Parteiführung versucht, die Lage unter Hinweis auf die organisatorischen Probleme der Ost-SPD zu beschönigen. Aber als die Ost-SPD im Februar in Umfragen noch über 50% lag, waren die organisatorischen Voraussetzungen schließlich auch nicht besser. Und woher kommt es denn, daß es so wenig Zustrom zur SPD gibt, selbst in den alten Hochburgen Sachsen und Thüringen? Wenn die gesamte Ost-SPD kaum mehr Mitglieder hat als ein großer Unterbezirk in Westdeutschland, wenn viele Mitglieder die Partei schon wieder verlassen haben, dann liegt das an der völlig verfehlten Politik der SPD-Führung während des gesamten Jahres. Ihr auffälligstes Merkmal war die „grenzenlose“ Anbiederung an die Kohl-Regierung: im Osten große Koalition, im Westen faktische Zusammenarbeit mit den Konservativen.

Kein klarer Oppositionskurs

Zum Beispiel gab es keine grundlegende Opposition von Seiten der SPD zu den beiden Staatsverträgen. Allein das absolut undemokratische Verfahren bei der „Vereinigung des deutschen Volkes“, wo das Volk am allerwenigsten beteiligt wurde (stattdessen wurden die Verträge vor allem während des Sommerlochs mit möglichst wenig Öffentlichkeit regelrecht durchgepeitscht), hätte die SPD mit ihrer Mehrheit im Bundesrat verhindern müssen. Sie hätte für die Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung mit gewählten Vertretern der Bevölkerung kämpfen müssen. Die Angriffe auf die Arbeiter im Osten in Form von massenhaften Betriebsschließungen wurden hingenommen, anstatt konsequent den Kampf dagegen zu organisieren.

Deutschland verdient einen OSKAR!



Lafontaine-Wahlmaterial . . .

Vorherrschendes Wahlkampfthema im Westen sind die Kosten der Einheit. Oskars Wahlspruch lautet dazu etwa so: Ich bin hier der einzige, der zugibt, daß es nach den Wahlen Steuererhöhungen gibt. Vom einstigen Hoffnungsträger der Linken hatte man sich eigentlich Alternativen versprochen.

Die SPD-Kernforderungen sind also Ökosteuer und Ergänzungsabgabe für Besserverdienende. Sie können keines

der aktuellen Probleme in Deutschland lösen, und Wahlen kann man damit auch nicht gewinnen. Die Ökosteuer auf Benzin würde am stärksten die treffen, die schon jetzt nicht viel haben. Wieder müßte die breite Masse die Opfer bringen, dabei nutzen die Ölmultis sowieso schon jeden Anlaß, um die Benzinpreise künstlich in die Höhe zu treiben. Warum also das Geld nicht von denen holen, die darin schwimmen, z.B. von den Ölmultis?

Ergänzungsabgabe – der falsche Weg

Auch die Ergänzungsabgabe für Besserverdiener (ab 5000,-/Monat) geht am Kern der Sache vorbei. Erstens werden auch hier die Falschen zur Kasse gebeten und die wirklichen „Besserverdiener“ verschont. 89.000 Menschen in der BRD besitzen 60% des Volksvermögens – die Unternehmer sitzen auf dem Geld. Zweitens trifft man damit genau die Schicht, z.B. wissenschaftlich-technische Intelligenz, ja sogar gutverdienende Facharbeiter (mit Schicht- und sonstigen Zulagen), die wir eigentlich gewinnen wollten. Mit dieser Steuer

treibt man die mittleren Einkommenschichten ins Lager der Regierungsparteien.

Drittens bringt die Ergänzungsabgabe nur 14 Mrd. DM mehr Steuereinnahmen, also ziemlich wenig im Vergleich zur Neuverschuldung von mindestens 250 Mrd. DM bis Ende 1991. Viel mehr Einnahmen könnte man dadurch erzielen, wenn man die Umverteilungen

Kapitals noch unter einer stalinistischen Bürokratie à la Honecker oder Gorbatschow kann es auf Dauer eine stabile Wirtschaft und gesicherte Lebensverhältnisse für die breite Bevölkerungsmehrheit geben.

Mit dem jetzigen rechten Kurs wird die SPD die Wahlen wahrscheinlich verlieren. Doch darf die begründete Enttäuschung darüber nicht in Resigna-



Oskar Lafontaine im Wahlkampf.

und Steuerwohltaten, die die Kohl-Regierung in den letzten acht Jahren zugunsten der Reichen durchgeführt hat, wieder rückgängig macht.

Die SPD muß klare und mobilisierende Alternativen aufzeigen, die im Interesse der arbeitenden Bevölkerung und der Jugend sind. Sie muß vollständig mit den unverschämten Lügen der Kohl-Regierung aufräumen, die behauptet, mit den Konzernen ziehe im Osten auch der Wohlstand ein. In den Händen des Kapitals kann die Wirtschaft im Osten nicht aufgebaut werden – die Unternehmer sind nur an billigen Arbeitskräften interessiert.

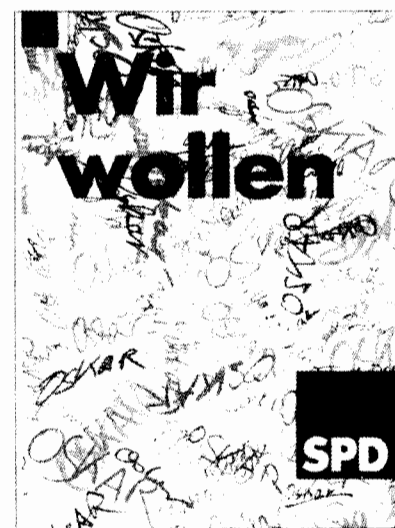
Deshalb müßte die SPD dafür eintreten, daß nicht Kapitalisten die Treuhand kontrollieren und Betriebe privatisieren, sondern gewählte Vertreter von Regierung, Gewerkschaften und den Belegschaften der Betriebe. Sie könnten gemeinsam einen Wirtschaftsplan ausarbeiten, um die vorhandenen Ressourcen sinnvoll zu nutzen. Unter der Mithilfe der Arbeiter im Westen könnte so technisches Know-How und westliche Technologie eingeführt, Produktionsanlagen umgebaut (anstatt stillgelegt) werden. Die notwendige Arbeit könnte auf alle verteilt werden.

Wahlniederlage droht

Die momentan verbreitete Hoffnung in die sogenannte soziale Marktwirtschaft ist eine Illusion, die spätestens bei der nächsten Rezession verpuffen wird. Weder unter der Herrschaft des

tion und Nichtstun enden. Die Folgen aus der Wahlniederlage werden noch härtere Angriffe auf soziale Errungenschaften von Seiten der Kohl-Regierung und des Kapitals sein, da braucht man sich nichts vorzumachen. Dies wird zu Abwehrkämpfen, Streiks und Widerstand der Betroffenen führen. Es ist daher wichtiger denn je (auch nach der Wahl), für ein sozialistisches Programm in der SPD zu kämpfen und die Partei wieder zum Kampfinstrument der Arbeiterbewegung zu machen.

Angelika Teweleit, Kassel
Jungsozialistin



. . . „Oskar“-Kult ist kein Ersatz für politische Alternativen.

Die wahren Kosten der kapitalistischen Einheit

Noch im Sommer erzählten führende Vertreter von CDU und FDP, die Einheit sei sozusagen aus der Portokasse zu finanzieren. Mittlerweile sind dies Sprüche von gestern. Allein in diesem Jahr mußte die Bundesregierung bereits den dritten Nachtragshaushalt verabschieden lassen, weil die Lücken wöchentlich größer wurden. Die Neuverschuldung des Bundeshaushaltes liegt jetzt bei über 60 Mrd. DM.

Das klingt noch relativ wenig. Aber ein Großteil der Kosten der Einheit ist gar nicht im Bundeshaushalt ausgewiesen. Weitere Milliarden fehlen den Sozialversicherungskassen, für 1990 laut Bundesarbeitsministerium mindestens 13,3 Mrd. DM. Denn die Betriebe, die durch das Abenteuer Währungsunion dem Marktwirtschafts-Schock ausgesetzt wurden, können die Beitragszahlungen ebensowenig aufbringen wie die Arbeitslosen und Kurzarbeiter mit Nullstunden.

Darüberhinaus sind weitere Kosten in allen möglichen Nebenhaushalten versteckt, die so wohlklingende Namen haben wie „Sonderfonds Deutsche Einheit“, den Bund und Länder finanzieren, oder auch der „Kreditrahmen Treuhand“. Ins-

gesamt gibt es mindestens 13 solcher Nebengeldtöpfe, deren Finanzierung aber letztendlich auf den Steuerzahler zukommt. Der SPD-Haushaltsexperte Helmut Wiczorek hat die Neuverschuldung des Staates für 1990 auf 119 Mrd. DM, für 1991 auf mindestens 135 Mrd. DM berechnet („Metall“ Nr. 18, 9/90). Es sind also insgesamt über 250 Mrd. DM in 18 Monaten. Zum Vergleich: 1989 waren es 32 Mrd. DM.

Dies sind noch nicht alle Kosten des Anschlußkurses von Kohl und Kapital, denn einiges wird ja durch reguläre Steuer- und Beitragseinnahmen oder auch Kürzungen finanziert; diese Summe ist nur die ungedeckte Kostenlücke, die auf dem Kapitalmarkt aufgenommen werden muß. Anders als z.B. beim Marshall-Plan nach dem 2. Weltkrieg werden diese Gelder vor allem für die Konsumtion, zur Deckung von Lücken, zur Finanzierung von Lohnausfällen und Transferleistungen verwendet. Nur ein geringer Teil geht in Investitionshilfen und Aufbauprogramme. Es werden also damit nicht Wechsel auf die wirtschaftliche Zukunft, sondern ungedeckte Schecks ausgestellt.

fentlichen Personennahverkehrs bei Nulltarif, des Bildungs- und Gesundheitswesens, von Umweltschutzmaßnahmen.

- Erhalt und Ausbau des Lebensstandards auf dem in Ost und West jeweils höchsten erreichten Niveau, d.h. kostenlose Kinderkrippen, Verbot der Aussperrung, staatliches Gesundheitswesen, Rohstoff-Recycling-System, Trennung von Staat und Kirche, keine Schulzeitverkürzung, etc.

- Drastische Abrüstung und weitere Verkürzung des Wehr- und Zivildienstes auf 9 Monate; Verstaatlichung der Rüstungsindustrie bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung; Umstellung auf gesellschaftlich sinnvolle Produktion, bei Garantie des Arbeitsplatzes bzw. der vollen

Lohnfortzahlung bei Umschulung.

- Sofortiger Stopp von Rüstungsexporten. Weder direkter noch indirekter Einsatz der Bundeswehr außerhalb Deutschlands. Deutschland raus aus der NATO.

- Arbeit für alle statt Massenarbeitslosigkeit. Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als Einstieg in weitere Arbeitszeitverkürzung.

- Statt Alu und Sozialhilfe im Westen und Billiglöhne im Osten: Garantiertes Mindesteinkommen (einschl. Renten) von 1500 DM netto für alle ab 18 Jahre.

- Statt „Tatort-Prinzip“ und faule Kompromisse: ersatzlose Streichung des §218; Kostenlose Familienplanung; 100%ige qualifizierte Versor-

gung mit staatlichen Kinderbetreuungseinrichtungen für alle Kinder von 0-15 Jahren zum Nulltarif.

- Volles Wahlrecht auf allen Ebenen für alle in Deutschland lebenden Menschen ab 16 Jahren. Hände weg vom Asylrecht.

- Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie verbunden mit Lohnfortzahlung bzw. garantierten Ersatzarbeitsplätzen für die Beschäftigten.

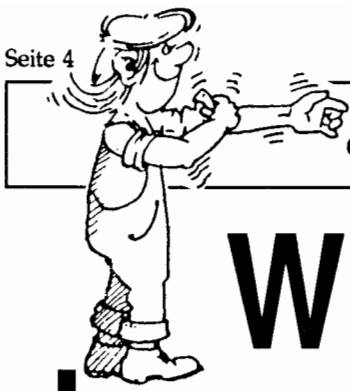
- Keine Privatisierung staatlicher Betriebe in Ost und West, Verstaatlichung der 200 größten Konzerne, Banken und Versicherungen im Westen; Demokratische Verwaltung der staatlichen Betriebe durch gewählte und jederzeit abwählbare Vertreter (z.B. 1/3 Vertreter der Belegschaft, der Gewerkschaft und des

Staates), die nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.

- Statt kapitalistischer Verschwendung und bürokratischer Mißwirtschaft: für einen demokratisch aufgestellten Produktionsplan, entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Umwelt.

- Für eine SPD-Aleinregierung im Bund, die die arbeitende Bevölkerung zur Durchsetzung eines solchen Programms mobilisiert und für eine neue Verfassung auf dieser Grundlage eintritt. Ein sozialistisches Deutschland wäre ein erster Schritt zu den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa und eine neue internationale Wirtschaftsordnung im Interesse der Ausgebeuteten und Unterdrückten.

SPD braucht sozialistisches Programm



Jugend für Sozialismus . . .

Wie weiter mit dem Juso-Verband?

Es gibt tausend gute Gründe, konsequent für ein Ende der Rechtskoalition in Bonn zu kämpfen. Aber vielen Jungsozialistinnen und Jungsozialisten fehlt angesichts der schwachen SPD-Politik die Motivation, offensiv in den Wahlkampf zu gehen. Dazu kommt eine Krise in der Juso-Führung, die lähmend auf den ganzen Verband wirkt.

Das „Idol“ Oskar Lafontaine tritt zwar gewohnt frech und selbstbewußt auf, aber das scheint nur noch der Imagepflege zu dienen. Die Politik der SPD-Führung bietet keine wirkliche Alternative zu Kohl und hat offenbar nur noch das Ziel, den am 2.12. erwarteten Schaden zu begrenzen. Auch das Wahlkampfmaterial mit dem Motto „Wir wollen Oskar“ und „Oskar o.k.“ ist nicht gerade dazu geeignet, eine politische Offensive gegen Kohl zu starten.

In dieser Situation ist die Juso-Füh-

rung in der Verantwortung. Sie hätte die Aufgabe, eine eigenständige Wahlkampagne zu führen und der Basis Hilfen zu geben. Konkrete Forderungen für die Interessen von Jugendlichen und Arbeitern in Ost und West müßten im Mittelpunkt stehen (siehe unser Kasten auf Seite 5). Die Jusos sollten gegen die Zusammenarbeit der SPD-Führung mit Kohl auftreten und eine sozialistische Politik für die SPD fordern. 1972 gingen die Jusos zum Beispiel mit der pfiffigen Parole „Sozialismus, weil's

vernünftig ist!“ in den Wahlkampf.

Aber leider ist in dieser Hinsicht wohl nicht viel zu erwarten. Die Juso-Bundesführung ist durch den Streit der beiden großen Juso-Strömungen („Hannoveraner Kreis“ und „Reformsozialisten“) blockiert. Susi Möbbeck, Bundesvorsitzende der Jusos: „Der Juso-Bundesverband ist also weitgehend handlungsunfähig.“ (AG-Rundschreiben 9-10/90)

Politische Krise

Was ist der Hintergrund? Der „Hannoveraner Kreis“ (HK), der sich als marxistisch bezeichnet und die Mehrheitsströmung bei den Jusos stellt, wurde durch die Entwicklungen in der DDR in eine tiefe Krise gestürzt. Diese Strömung hatte die DDR immer als sozialistisches Land angesehen und die

Herrschaft der SED verteidigt.

Um weiterhin „modern“ zu bleiben, mußte dann seit Oktober 1989 ein politischer Purzelbaum geschlagen werden, von dem sich die betroffenen Genoss(inn)en anscheinend immer noch nicht ganz erholt haben. Auf dem Juso-Bundeskongreß im April dieses Jahres wurde das ganze Ausmaß der Verwirrung deutlich. Die DDR blieb in den Augen vieler Genoss(inn)en sozialistisch - wahlweise „frühsozialistisch“ oder „staatssozialistisch“, was immer das heißen mag. Es kam zu keiner Beschlüßfassung zu dem zentralen Thema Deutschlandpolitik.

Was auf dem Kongreß im April von den Delegierten noch abgelehnt wurde, ist im September durchgezogen worden: die rein formale Vereinigung der Jusos in DDR und BRD „von oben“, ohne breite politische Diskussion im Verband. Die Zuwahl von Bundesvorstandsmitgliedern durch die „Jungen Sozialdemokraten“ aus der ehemaligen DDR hat die rechtliche Juso-Strömung, die „Reformsozialisten“, weiter gestärkt. Die „Refos“ tendieren dazu, den sozialistischen Anspruch der Jusos aufzugeben und unterstützen ziemlich unkritisch Oskar Lafontaines Politik

(Ökosteuer, Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich).

Zu alledem kommt noch eine Finanzkrise, die durch zu geringe Zuweisungen der SPD, zum Teil aber auch durch Überziehung von Etatansätzen durch den ehemaligen Bundessekretär verursacht wurde. Wahlkampfmaterial wird noch herausgegeben, aber ansonsten droht finanzielle und politische Handlungsunfähigkeit.

Was tun?

Das Wahlkampfkonzept des Juso-Unterbezirks Kassel (siehe unten) zeigt, daß es auch anders geht. Die Arbeitsgemeinschaften und Unterbezirke sollten selbst die Initiative ergreifen. Gleichzeitig müssen wir Druck für die Erneuerung des Bundesverbandes machen. Wir wollen zu den „guten alten Zeiten“ zurück, als die Jusos noch in der Öffentlichkeit einen Ruf als „linken Bürgerschreck“ hatten und unter Jugendlichen bekannt waren.

Also: Nutzt den Wahlkampf, um neue Leute für die Jusos zu gewinnen und die Unterstützung für VORAN im Juso-Verband auszubauen!

Ulrich Petersen, Köln
Jungsozialist

VORAN-Miniposter zur deutschen Einheit



Kassel

Juso-Unterbezirk führt eigenständigen Wahlkampf

Die Kasseler Jusos kämpfen für eine SPD-Mehrheit mit sozialistischem Programm. Dabei sollen nicht nur Stimmen für die SPD, sondern auch neue Kräfte für die Jusos gewonnen werden.

Die bei vielen Jugendlichen vorhandene „Anti-Kohl-Stimmung“ geht nicht automatisch zugunsten der SPD. Gerade hier in Kassel, seit Jahren SPD-regiert, sehen wir eine besonders kritische Haltung. Diese berechtigten Vorbehalte gründen in der jetzigen SPD-Politik. Deshalb sagen wir nicht nur „wählt SPD“, sondern auch „kämpft mit uns für ein besseres Programm“.

Unterbezirk und Arbeitsgemeinschaften haben eine Arbeitsaufteilung vorgenommen, um möglichst effektiv nach außen zu arbeiten. Für die allgemeine Wahlkampflinie ist der Unterbezirk verantwortlich, während sich die AGen spezielle Schwerpunktthemen vornehmen (u.a. Arbeitshetze, Wohnungsnot, Bundeswehr). Politik für Beschäftigte ist das Thema unserer Höhepunktveranstaltung, wo Horst Peter (SPD-MdB) und mehrere Gewerkschaftsvertreter auf dem Podium sitzen

werden. Außerdem wird eine Veranstaltung mit Vertretern der PDS, der Grünen und Horst Peter von der SPD stattfinden. Insbesondere Jugendliche, die in der SPD keine Alternative sehen, sollen dadurch angesprochen werden.

Jetzt im November gehen wir mit Aktionen und Infotischen verstärkt nach außen. Dabei mobilisieren wir natürlich für die Veranstaltungen des Unterbezirks und der AGen.

In einem Positionspapier ziehen wir Bilanz über 8 Jahre Kohl-Regierung, über die Vereinigung (bzw. den Anschluß der DDR) und den sogenannten „Sieg der Marktwirtschaft“. Gerade hier wird auch die Frage nach dem richtigen Programm für die SPD aufgegriffen.

Mit unserem Wahlkampf wollen wir zeigen, daß ein sozialistisches Programm die beste Grundlage für den Kampf gegen Kohl ist. Wenn wir durch unsere Aktionen neue Leute für die Mitarbeit bei den Jusos gewinnen, können wir den Druck für einen Kurswechsel der SPD verstärken.

Björn Marsen, Kassel
Jungsozialist

Interview mit Horst Peter, SPD-MdB aus Kassel

„Umwandlung der Rüstungsindustrie als Anfang einer friedlichen Entwicklung“

Horst Peter ist SPD-Bundestagsabgeordneter seit 1980 und Koordinator der im Frankfurter Kreis zusammenarbeitenden Parteilinken. Die Kasseler Jusos arbeiten mit ihm vor allem jetzt im Wahlkampf kritisch-solidarisch zusammen. Das Interview führte Thomas Apel, VORAN-Unterstützer und Juso aus Kassel.

VORAN: Die Golfkrise hat wieder einmal deutlich gemacht, daß die Geschäfte mit Rüstungsgütern für die entsprechende Industrie sehr lohnend sind. Wie stellst Du Dir politische Maßnahmen der Zukunft vor, um dies zu verhindern?

Horst Peter: Die gegenwärtige Gesetzeslage macht Umgehungen der Verbotregeln nach dem Außenwirtschaftsgesetz möglich. Deswegen ist eine gesetzliche Klarstellung in Form eines allgemeinen Rüstungsexportverbots nötig. Dieses muß auch die Gebiete betreffen, die nach bisherigen Regeln noch als Exportgebiete gelten. Verschärfte Kontrollinstanzen müssen darüberhinaus verhindern, daß Geschäfte über Länder abgewickelt werden, die ein weniger strenges Rüstungskontrollgesetz haben. Man muß sich darüber im Klaren sein, daß erst der Rüstungsexport das Geschäft für die Rüstungs-

industrie ertragreich macht. Daher wird die Forderung nach einem strengen Exportverbot zu Auseinandersetzungen mit den großen Rüstungskonzernen dieser Welt führen. Das sind Konzerne, die alles versuchen, um sich einen guten Weltnamen zu verschaffen, ob da ein Mercedes-Stern im Spiel ist oder nicht. Bei diesen liegt die eigentliche Verantwortung für die verdeckten Rüstungsexporte.

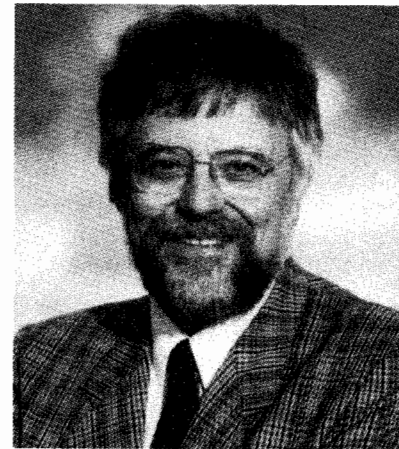
Aber gerade die Vergangenheit hat ja gezeigt, daß trotz bestehender Verbote diese Geschäfte lohnend waren. Welche Instrumente zur Durchsetzung würdest Du schaffen? Ich denke dabei an die Verstaatlichung von Betrieben.

Ich weiß nicht, ob die Verstaatlichung in diesem Zusammenhang die richtige Lösung ist, denn im heute weltweit bestehenden Verbund der Rüstungskonzerne befinden sich auch verstaatlichte. Es wäre jedoch zu überlegen, ob die Rüstungsproduktion für den nationalen Bedarf in einer wie auch immer gearteten Rechtsform der öffentlichen Hand steht, wie dies auch schon im Rahmen eines nationalen Energiekonzerns diskutiert wurde. Was man aber sofort braucht ist ein klares gesetzliches Verbot und die öffentlichen Kon-

trollmechanismen, die bei einer Ausnahme vom Verbot eingreifen und den Betrieb beim Namen nennen. Die gegenwärtige Situation im Golf zeigt ja die verbrecherische Perversion dieser Geschäfte. Erst liefern deutsche Firmen die Möglichkeit zur Giftgasproduktion und dann die Gasmasken zur Abwehr.

Du hast ja angesprochen, daß auch verstaatlichte Rüstungskonzerne an den weltweiten Geschäften beteiligt waren und sind. Könnte man das nicht verhindern, wenn für diese Konzerne alternative Produktionspläne erstellt werden und durch Änderung der Machtverhältnisse eine wirksame Kontrolle durch die dort beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter geschaffen wird? Siehst Du keine Chance, über diesen Weg was zu ändern?

Meine praktischen Erfahrungen sind andere. Die Erwartung, daß über die in der Rüstung beschäftigten Arbeitnehmer und Betriebsräte solche Exporte verhindert werden können, halte ich für illusionär. Die Arbeitsteilung auch bei Rüstungsaufträgen zeigt, daß die Geschäftsleitung die ihnen zugänglichen Unterlagen findet, und die Betriebsräte die ihrigen, meistens aus dem Umfeld der SPD. Wenn man bei der gegenwärtigen Rechtslage über Rüs-



Horst Peter, SPD-MdB.

stungsexportprojekte redet, meine ich, daß in erster Linie die radikale Offenlegung von Projekten vor der Bevölkerung begleitend zur rechtlichen Verschärfung Erfolg verspricht.

Die angesprochene Umstellung von Unternehmen der Rüstungsindustrie auf nützliche Gebrauchswerte halte ich für eine eigene Aufgabe des Staates. Rüstungsproduktion ist ein Ergebnis staatlicher Investitionslenkung, deswegen kommt man auch nur mit einer staatlichen Investitionsrücklenkung als Hilfestellung aus dieser Situation raus. (...)

Auf der einen Seite steht die zunehmende Ablehnung von Rüstungsgeschäften bei den Menschen, auf der anderen Seite die zu

erwartenden Schwierigkeiten, die die Rüstungsindustrie machen wird, wenn sie ein einträgliches Geschäft aufgeben soll. Nochmals die Frage nach einem wirksamen Mittel für den Rüstungsabbau.

Wir befinden uns ja nun auf einer neuen Ebene. Wir sehen, daß die Rüstungsumstellungspolitik ergänzt werden muß durch eine solidarische Weltentwicklungspolitik. Und dies verlangt geradezu nach einer Produktumstellung, damit die Mittel, die durch den Rüstungsabbau in den Haushalten freierwerden, zum Einsatz in den unterentwickelten Ländern gelangen.

Es wird natürlich massive Versuche geben, neue, einer veränderten Weltmilitärstrategie entsprechenden Waffen zu entwickeln und herzustellen. Diese sollen in erster Linie den Erfordernissen für einen Einsatz speziell gegen die unterentwickelten gehaltenen sogenannten „Dritte-Welt-Länder“ genügen. Das werden bewegliche Waffensysteme mit einer hohen Feuerkraft sein, die schnell eingesetzt werden können. Denn kriegerische Auseinandersetzungen in diesen Ländern führen schnell zu großen sozialen Unruhen. Genau das wird von diesen Strategen gefürchtet und soll verhindert werden. Wir sind nun wirklich an einer Zeitwende angelangt, in der die Umwandlung der Rüstungsindustrie ein nötiger Anfang ist, um einen friedlichen Entwicklungsweg beschreiben zu können.

Vielen Dank für dieses Interview.

„Soziales Pflichtjahr“

Frauen als Lückenbüßer

Der ohnehin schon bestehende Pflegenotstand wird durch die Verkürzung des Zivildienstes weiter verschärft. Bekanntlich wird es zu einem Chaos in vielen sozialen Einrichtungen kommen. Wie wird also die Regierung auf diesen nicht mehr zu übersehenden Notstand reagieren?

Sie wird möglicherweise zu einer schnellen Lösung greifen. Da Männer entweder den Bundeswehr- oder den Zivildienst absolvieren müssen, kommt dem Staat die Forderung der Frauen nach Gleichberechtigung gerade recht. Es scheint nur gerecht, auch Frauen in einen Pflichtdienst einzuspannen. Diese Emanzipationsmasche soll jedoch über den wirklichen Hintergrund des Pflichtdienstes hinwegtäuschen.

In den hinteren Reihen der Koalition wird über die Einführung eines „sozialen Pflichtjahres“ für Frauen diskutiert. Die Diskussion um das Pflichtjahr soll erstmalig als Versuchsballon auf die Reise geschickt werden, damit Kohl sich nicht vor der Wahl die Finger verbrennt. Nach der Wahl wird das Vorhaben sicherlich intensiver vorangetrieben werden.

Das Pflichtjahr würde bedeuten, daß billige Arbeitskräfte die Arbeit von fehlenden Fachkräften übernehmen müßten. Mit diesem Pflichtjahr könnte sich die Regierung um die Einstellung von qualifizierten Kräften drücken - also auch um eine tarifliche Bezahlung der Arbeitskräfte. Die Forderungen der Fachkräfte nach einer besseren Bezahlung und massiven Neueinstellungen von Fachpersonal würden dadurch unterhöhlt. Die schlechte Situation z.B. der Krankenschwestern bliebe bestehen. Der qualifizierte Beruf der Krankenschwester wird wegen der Arbeits-hetze oft nicht länger als vier Jahre ausgeübt.

Weiterhin könnte die gewerkschaftliche Organisation geschwächt werden. Denn Sozialdienstleistende werden nicht von der Gewerkschaft aufgenommen.

Dieses Pflichtjahr würde den Pflegenotstand bestensfalls von weiteren Auswüchsen befreien - jedoch wie so oft auf Kosten der Frauen. Denn immer, wenn der Arbeitsmarkt zu voll oder zu leer war, wurde das Pflichtjahr für

Frauen hervorgeholt, zum Beispiel 1950-54, als ein katastrophaler Personalmangel im sozialen Bereich bei gleichzeitig hoher Jugendarbeitslosigkeit bestand.

Die Einführung des Pflichtjahres



„Freiwilliges soziales Jahr“ - Hilfsbereitschaft wird ausgenutzt, anstatt den Mangel an Fachkräften zu beheben.

würde neue Angriffe auf Frauenrechte bedeuten. Frauen würden wieder die Lückenbüßer sein, die für die Fehler der Regierung im sozialen Dienst gerastehen müßten. Gleichzeitig würden Frauen an Niedriglöhne und Hilfsbereitschaft gewöhnt werden. Frauen sollen durch das Pflichtjahr schon vor Eintritt in das Familienleben zu pflegenden Töchtern und Schwiegertöchtern vergesellschaftet werden. So bleibt die kostenlose pflegende Frau der deutschen Sozialpolitik erhalten!

Ebenso würde das Recht der Jugendlichen auf Selbstbestimmung angegriffen werden.

Wir sollten die Diskussion über das Pflichtjahr genau verfolgen. Jusos und Gewerkschaften müssen Aktionen starten, wenn die Regierung das Pflichtjahr zur Realität werden läßt. Jusos und Gewerkschaften sollten die Fachkräfte in ihren Forderungen nach massiver Neueinstellung von Fachkräften unterstützen. Die Mißstände im Pflegebereich sollten noch mehr in die Öffentlichkeit getragen werden. Gleichfalls sollte über das Pflichtjahr und dessen Bedeutung diskutiert werden. Denn es muß allen klar sein: Das soziale Pflichtjahr benachteiligt die ohnehin schon benachteiligten auf neue Weise.

Claudia Weigelt, Bremerhaven
Jungsozialistin

Acht Jahre Kohl - uns ist der Appetit vergangen

Wir wollen:

- Volles Wahlrecht ab 16 Jahre für alle hier lebenden Ausländer und Deutschen.
- Wohnungen für alle bei Miethöhenbegrenzung auf 20% des Nettoeinkommens.
- Kein Einsatz von Bundeswehrosoldaten im Golfkonflikt.
- Verbot von umweltschädigender Produktion, Abschaltung aller Atomkraftwerke.
- Einführung des Nulltarifes im öffentlichen Verkehr und Ausbau von öffentlichen Verkehrsmitteln und Radwegen.
- Kostenlose, leicht zugängliche Verhütungsmittel; Recht auf Abtreibung; Weg mit §218.
- Gleiche Rechte für Frauen und Männer.
- Schluß mit der Diskriminierung von Ausländern, Asylbewerbern und anderen Minderheiten.
- Freie Wahl des Ausbildungsplatzes nach persönlichem Interesse; qualifizierte Ausbildung statt Hilfsarbeiten; garantierte Übernahme im erlernten Beruf.
- Gesamtschule statt dreigliedriges Schulsystem; dabei Integration von beruflicher und allgemeiner

- Ausbildung; Einstellung aller ausgebildeter Lehrer.
- Kostenfreie Ausbildung, volle Lehr- und Lernmittelfreiheit.
- 35-Stunden-Woche und 7-Stundentag für alle; weitere Arbeitszeitverkürzung nach Bedarf, um Arbeit für alle zu schaffen.
- Darlehensfreie, elternunabhängige Ausbildungsförderung (Bafög) von 600,- DM im Monat für Schüler ab 16 Jahren; 1000,- DM Mindesteinkommen netto für Auszubildende; garantiertes Mindesteinkommen von 1500,- DM für jeden als soziale Grundsicherung ab 18 Jahren.
- Schluß mit dem Einsatz von Zivildienstleistenden als Billiglohnkräfte; stattdessen Mindestsold von 1500,- DM für Zivis und Soldaten und Schaffung von neuen Stellen im Sozialbereich.
- Verkürzung von Wehr- und Zivildienst auf neun Monate.
- Selbstverwaltete Jugendzentren in allen Stadtteilen und Gemeinden.
- Für eine SPD-Alleinregierung, die auf der Grundlage eines sozialistischen Programms die Interessen von Jugendlichen gegen die Unternehmer durchsetzt.

Hamburg

Demo gegen Lehrermangel - ein Riesenerfolg!

Seit einigen Jahren hat sich die Situation an Hamburgs Schulen immer drastischer verschlechtert. Laut GEW fallen wegen 430 fehlenden Lehrern 10.000 Stunden pro Woche aus. Für die Lehrer bedeutet das ungeheuren Streß. Die Folgen für Schüler: manche Fächer werden nicht mehr unterrichtet. Für manche Pflichtkurse müssen Schüler an andere Schulen fahren. Bei Fächern wie Bio oder Chemie muß der Stoff von einem Jahr in sechs Monaten geschafft werden. Viele haben Angst, ihren Abschluß nicht zu schaffen. Themenbereiche wie Rechtsradikalismus, Aids, Drogen, Sexualität u.ä. werden zuerst gestrichen. Kurse sind hoffnungslos überfüllt, Bücher veraltet...

Die Jugendsenatorin Raab ist allerdings stolz darauf, daß Hamburg bei der Lehrerzahl pro Schüler bundesweit an dritter Stelle stehen würde. Vielleicht hat unsere Demo ihr die Augen geöffnet: 40.000 Schüler und Lehrer versammelten sich vor der Schulbehörde und marschierten zum Rathaus. Die Stimmung war phantastisch. Für viele war das die erste Demo - und ein Riesenerfolg. Die Solidarität war groß, ganze Klassen waren gekommen, trotz Androhung von Disziplinarstrafen. Das galt besonders für Lehrer.

Bei guter Stimmung war auch das Interesse an politischem Material groß, Flugblätter gingen weg wie nichts - oder fast wie letztes Jahr in der DDR. Gerade daß auch Jusos gegen die Politik des SPD-Senates waren, ist gut angekommen.

Ein Bündnis von GEW, Schüler(innen)kammer Hamburg und Elternvertretungen fordert die Einstellung von 600 Lehrern jährlich, Ausgleich der Arbeitszeitverkürzungen durch Neueinstellung und bessere materielle Ausstattung. Die Sprecher der Gewerk-

schaft waren zwar am professionellsten, doch der Schülersprecher am radikalsten: „Frau Raab, treten sie zurück!“ Noch hat sich aber nichts wesentliches gebessert, die vom Senat beschlossenen Einstellungen sind unzureichend.

Die Demo hat unsere Stärke gezeigt. Doch leider wurde sie nicht genutzt, um weitere Aktionen vorzubereiten. Wir müssen uns jetzt fragen, wie die Kampagne fortgeführt werden kann.

Nils Peters, Gymnasium Bahrenfeld
Geert Möbius, Hamburg-Bahrenfeld
Jungsozialist



40.000 Lehrer und Schüler marschieren zum Rathaus.

SERO, ehemalige DDR

Müllverwertung auf den Müll?

Mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten wurde nun endgültig das besiegelt, was durch die Einführung der Marktwirtschaft in der DDR schon feststand: das Aus für SERO.

SERO, was für VEB Sekundärrohstoffverwertung steht, war jahrelang der Garant dafür, daß in der an eigenen Rohstoffen armen DDR ein Großteil der anfallenden Altmaterialien wiederverwertet werden konnte. So konnten beispielsweise 1983 50% des Bleis, 75% des Rohstahls, 35% des Kupfers, 33% des Zinks und 17% des Aluminiums aus Metallschrott hergestellt werden. Insgesamt deckten die Altmaterialien 1988 14% des gesamten Industriebedarfs. Mit diesen Zahlen lag die DDR weltweit an Platz eins.

Um diese hohen Rücklaufzahlen zu garantieren, wurde die DDR seit den fünfziger Jahren mit einem umfangreichen Netz von zuletzt über 16.000 Sam-

melstellen überspannt. So gab es Annahmestellen in Schulen, in Hochhäusern und in einzelnen Wohngebieten. Vor fast jeder Kaufhalle standen Behälter für Plastikabfälle, und in kleineren Dörfern fuhren regelmäßig Sammellaster. Die Rückgabe wurde natürlich seitens des Staates entlohnt. So verdienten sich zahlreiche Rentner und Schüler ein kleines Zubrot nebenbei.

Planung statt Profit

Die hohen Rücklaufzahlen wurden durch die staatlich geplante Wirtschaft erst in dieser Form möglich. So durfte die Industrie laut einer Anordnung von 1959 nur Pfandflaschen und -gläser verwenden. Der gesamte Bedarf der Abfallindustrie konnte zu 60-100% aus eben diesen Flaschen gedeckt werden. Zusätzlich entfiel der bei uns übliche, unnütze Verpackungsmüll weitgehend, während er in der BRD ständig zu-

nimmt. So kostete uns die Beseitigung bereits 1979 jährlich 2 Mrd. DM, und der Energiebedarf bei der Herstellung war bereits damals so hoch, daß allein jedes zweite Kernkraftwerk ausschließlich für die Verpackungsindustrie arbeitete. Doch nun haben sich die Bedingungen in der DDR geändert. Dank der Marktwirtschaft droht der DDR eine Müllschwemme gigantischen Ausmaßes. Die Bundesregierung versucht nun, da sie nicht mehr weiß, wohin mit dem Müll, ihn auf dem Gebiet der DDR loszuwerden. Zusätzlich plant sie dort eine Reihe von Müllverbrennungsanlagen zu bauen, die auf dem Gebiet der BRD nicht durchsetzbar sind. Nach Schätzungen von Greenpeace wird 1991 doppelt so viel Müll auf dem Gebiet der DDR abgeladen, wie 1988, als die DDR noch 5,5 Mio. Tonnen importierte. Da es schwer fällt, SERO unter den neuen Bedingungen aufrechtzuer-

halten, ist dieser Müllschwemme nichts entgegenzusetzen. In der Marktwirtschaft hat eben nur das Bestand, was Profit bringt.

Bislang deckte das Sammeln von Altstoffen selten die Kosten. So kostete eine Tonne 700 DM an Subventionen und wurde auf dem bundesdeutschen Markt für 65 DM verkauft. Durch die Privatisierung verloren bereits über 3000 Menschen ihren Arbeitsplatz. Nachdem die DDR-Regierung im Frühjahr letzten Jahres einen Teil ihrer Zuschüsse gestrichen hatte, mußten die Rücknahmepreise deutlich gesenkt werden. Seit Anfang September diesen Jahres wurde für Glas und Papier gar nichts mehr bezahlt, woraufhin die Sammelquote um 90% zurückging.

SERO erhalten!

Der Großteil der Arbeiter muß nun um seinen Arbeitsplatz fürchten, zumal einige Westfirmen am VEB Interesse zeigen, was natürlich erst einmal Rationalisierung bedeutet. Viele hoffen aber, daß ihr Betrieb in die öffentliche Müll-

entsorgung integriert wird.

Bisher haben sich Politiker aller Parteien für den Erhalt von SERO allenfalls unter marktwirtschaftlichen Bedingungen ausgesprochen. Das wird bedeuten, daß in Zukunft auch in der DDR, dem Beispiel der BRD folgend, der Großteil wiederverwertbarer Rohstoffe auf dem Müll landen wird.

Die SPD fordert in ihrem Wahlprogramm den „ökologischen Umbau der Industriegesellschaft“. Sie sollte sich für den Erhalt von SERO in der jetzigen Form einsetzen. Das Beispiel SERO zeigt, was in einer Planwirtschaft möglich ist. Eine im Gegensatz zur ehemaligen DDR demokratisch geplante Wirtschaft könnte die vorhandenen Technologien im Interesse von Mensch und Umwelt voll nutzen.

Thomas Schiffer, Köln
Jungsozialist

... mach' mit bei den Jusos!



Unternehmensaschen.

Wer behauptet, daß es Minderheiten bei uns schlechtere wüde?

Die Milliardäre haben kräftig zugelegt. Gemessen an der Einwohnerzahl hat die BRD mehr Milliardäre als Japan und die USA.

82 deutsche Milliardäre haben ein Vermögen von fast 200 Milliarden DM.

Die Kohl-Regierung hat mit ihrer Steuerreform ein Herz für Unternehmer gezeigt:

Die Steuern für Spitzenverdiener wurden fünfzigmal so stark gesenkt wie die für Normalverdiener.

Wer 260.000 DM im Jahr verdient, spart 7330 DM, wer 36.000 DM verdient, spart nur 144 DM.

Kohl ist noch nicht zufrieden. Eine neue Unternehmenssteuerreform ist in Planung:

Ab 1993 sollen die Unternehmer um weitere 20-30 Milliarden DM entlastet werden.

...und wir zahlen drauf!

„Wir verlangen die notwendigen Opfer nicht von den Einkommensschwachen, sondern von denen, denen die Opfer eher zugemutet werden können.“

Helmut Kohl 1982

Rationalisierung und verstärkte Arbeitshetze haben die menschliche Arbeit produktiver gemacht: Die Arbeiter haben durch ihre Arbeit mehr Reichtum geschaffen. Die Unternehmer konnten jedoch ihren Anteil am Kuchen vergrößern. Der Anteil der Löhne am Volkseinkommen (Lohnquote) war 1989 mit 55,7% auf dem niedrigsten Stand in der Geschichte der BRD. Wäre die Lohnquote noch auf dem Stand von 1981, hätten die Arbeiter mehr und die Unternehmer weniger in den Taschen.

1989 hatten die abhängig Beschäftigten wegen der Umverteilungspolitik von unten nach oben 127 Milliarden DM weniger Einkommen. Eine große Rolle bei der Umverteilung spielt die ar-



1986: Angriff auf das Streikrecht durch die Änderung des §116.

1985 Blüms „Beschäftigungsförderungsgesetz“ – bestfeste Arbeitsverträge bis zu 18 Monaten werden ermöglicht.

Leiharbeit wird von 3 auf 6 Monate ausgedehnt.

1988 Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes.

Spechenausschüsse von leitenden Angestellten werden hiermit etabliert und bekommen Blockade-Rechte gegenüber den Betriebsräten.

Einführung des „Dienstleistungsabends“ (langer Donnerstag) im Einzelhandel.

Armut und Elend in der reichen BRD

„Das angebliche Massenelend in der Bundesrepublik ist eine Erfindung von Porsche-fahrenden Jungsozialisten, aber nicht die Wirklichkeit.“

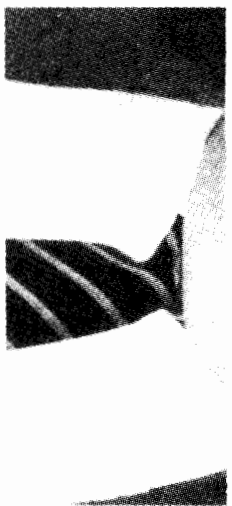
Norbert Blüm 1983

Kohl redete 1982 von der „geistig-moralischen Wende“. Wir wissen nicht, welche Art von Moral er damit meinte. Die Verlierer des Aufschwungs werden von der unter Kohl herrschenden Moral jedenfalls ignoriert.

Jeder zehnte Bürger der ehemaligen BRD lebt unter der Armutsgrenze.

Seit Kohls Amtsantritt ist die Zahl der Sozialhilfeempfänger von 2,3 auf 3,5 Millionen gestiegen.

400.000 Kinder bis 15 Jahre leisten verbotene Arbeit.



„Dies ist eine Koalition, die eben nicht Klassen vertritt...“

Im nächsten Jahr die Miete steigt! Mieterhöhungen dürften 30% in 3 Jahren betragen. Zeitmietverträge werden zugelassen (keine Kündigungsfrist, bei jedem Mieterwechsel kann die Miete erhöht werden).

1986-88 Ausstieg der Bundesregierung aus dem sozialen Wohnungsbau.

1990 wird im Rahmen der Steuerreform die Gemeinnützigkeit von Wohnungsunternehmen aufgehoben. Damit fällt die Bindung an die Kostenmiete für 3/4 Mio. Wohnungen weg.

Nach der von der Koalition beschlossenen Abschreibungsregelung können im sozialen Wohnungsbau innerhalb von 10 Jahren 85% abgesetzt und die Wohnungen danach verkauft werden, weil dann die Sozialbindung endet.

4 Millionen Menschen im Gebiet der ehemaligen BRD suchen eine Wohnung; es fehlen 1,5 bis 1,8 Millionen Wohnungen.

Dazu kommen 600.000 Obdachlose.

Mietpreisplosion: Die Mieten sind seit 1983 doppelt so stark gestiegen wie die übrigen Preise.

Sozialer Kahlschlag

„Wer da von Sozialertrimmerung, Demontage und Abbau spricht, lebt auf einem anderen Stern.“

Norbert Blüm 1985

Wir „Außerirdischen“ sollten uns an den Sozialabbau der letzten Jahre erinnern:

Die Sozialhilfesätze wurden 1983 unter die Armutsgrenze gesenkt.

Im Zuge der deutschen Vereinigung werden die Rechte von Frauen in der ehemaligen DDR zusammengestrichen. Die lückenlose Kindergartenversorgung ist schon zerstört worden. Und bei uns?

Für 1/3 aller Kinder in der BRD fehlen Kindergartenplätze.

Ab 1983 wurde das Arbeitslosen-, Kurzarbeiter- und Schlechtverdienstgeld für Ledige und Kinderlose von 66 auf 63% und bei der Arbeitslosenhilfe von 58 auf 56% gestrichen. Die Sperrzeit wurde von 8 auf 12 Wochen erhöht.

che, folge: Hoherer Arbeitsdruck für die Beschäftigten, Serviceverschlechterungen und Gehältererhöhungen; pro Jahr werden 14 Millionen Überstunden geleistet.

Gesundheit nur für Reiche

„Früher sind die Menschen mit 35 Jahren jubelnd und fröhlich gestorben, während sie sich heute bis 80 durchhimmeln.“

Norbert Blüm 1988

Blüm ließ zwar unter anderem das Sterbegericht streichen, aber trotzdem erscheint ein früherer Tod nach seiner Logik positiv:

Nur jeder Dritte erreicht das Rentenalter gesund und lebend.

Der Rest endet als Berufsinvalide oder stirbt vorher.

Wer verumacht die hohen Kosten im Gesundheitsbereich? Die Pharmaindustrie und die Chefärzte. Und wen läßt Blüm dafür bezahlen? Die Versicherten. Mit Leistungskürzungen und Sonderabgaben werden wir zur Kasse gebeten.

Blüms Gesundheitsreform zieht den Versicherten 9,5 Mrd. DM pro Jahr zusätzlich aus der Tasche.

Profite vor Umweltschutz

„Umwelt, das ist die große nationale Aufgabe unserer Zeit.“

Helmut Kohl 1984

Außer Sonntagreden und der Einrichtung eines Umweltausschusses ist aber nicht viel passiert: Die Produktion von ozonschädigenden Treibgasen ist trotz eines „Selbstbeschränkungsabkommens“ mit der Industrie laufend ausgeweitet worden.

Umweltminister Töpfer ist gegen ein Verbot des Ozonkillers FCKW.

Unter der Kohl-Regierung hat der Individualverkehr absoluten Vorrang. Anstatt den öffentlichen Personentransport auszubauen, werden mehr Autobahnen gebaut. Auch im Gebiet der ehemaligen DDR wird dieses umweltzerstörernde „Verkehrskonzept“ durchgezogen.

1985 verzichtete die Bundesregierung auf die Einführung der seit 10 Jahren in den USA geltenden Abgasgrenzwerte für PKWs.

Erst ab 1991 dürfen nur noch Autos mit bestmöglicher Abgasentgiftung neu in den Verkehr kommen.

„Irrtümlich getan haben, ohne zu protestieren, die nie demonstrieren konnten – gar nicht wissen, wie das geht.“

Helmut Kohl 1983

So wie sich angeblich „unsere Mütter“ verhalten, wünscht sich die Bundesregierung den Bürger: Brav und unterwürfig. Entspricht er nicht diesen Vorstellungen, hilft man eben etwas nach:

Einführung des maschinenlesbaren Personalausweises und mehr Rechte für die staatlichen Bespitzelungsdienste.



... sondern das Ganze.” Helmut Kohl 1983

Neue Sicherheitsgesetze ab 1988: Unter anderem Vermögensungsverbot bei Demos und Kronzeugenregelung.

Kanzler Kohl ist „Kanzler aller Deutschen“. Ausländische Kollegen werden höchstens geduldet, Flüchtlinge aus der „3. Welt“ sind unerwünscht.

Das neue Ausländergesetz von 1990 erschwert den Familiennachzug und verschärft die Ausweisungsregelung.

Die Revolution in der DDR vom Oktober 1989 begann mit dem Ruf „Wir sind das Volk“ und dem Kampf für demokratische Rechte.

Bei dem Anschluß der DDR nach Artikel 23 – ohne neue Verfassung, ohne Volksbefragung und unter Beugung des Grundgesetzes – konnte von Demokratie keine Rede sein.

VORAN

Zeitung der Marxisten in der SPD
5000 Köln 1, Hansaring 4, Telefon 02 21 / 13 45 04

8 Jahre Kohl = 8 Jahre Aufschwung für die Reichen

„Jetzt den Aufschwung wählen“ – das war die Parole der CDU im Bundestagswahlkampf 1983. Aber schon damals war die Frage angebracht, für wen der Aufschwung unter einer CDU/FDP-Regierung etwas bringen wird. In den letzten Jahren ist klar geworden, was am 6. März 1983 zur Wahl stand: ein Aufschwung für die Reichen.

VORAN zieht die Bilanz von acht Jahren Kohl-Regierung in der ehemaligen BRD und den vier Monaten seit der Einführung der DM in der ehemaligen DDR. Zahlen und Fakten sprechen eine deutliche Sprache: Es sieht schon schlimm genug aus in Deutschland im November 1990 – weitere vier Jahre Kohl-Regierung können wir uns nicht leisten!

Die Reichen werden reicher...

„Wir Deutschen haben gut gearbeitet.“
Helmut Kohl 1984

Das mag stimmen. Aber wer hat für wen gearbeitet? Die deutschen Unternehmer können mit Recht behaupten, daß die deutschen Arbeiter gut für sie gearbeitet haben. Der Anteil der Kapitalisten am Reichtum der Bundesrepublik war noch nie so hoch wie heute.

Die Unternehmensgewinne haben sich seit

benehmerfreundliche Steuerpolitik der Kohl-Regierung. Es gab zwar kleine Entlastungen für Normalverdiener, die aber zur Hälfte durch die Erhöhung von Verbrauchssteuern finanziert wurden.

Außerdem müssen viele Arbeiter draufzahlen. Schichtarbeitern werden ihre Zulagen versteuert, bei Belegschaftsrabatten (Werkwohnungen, Jahreswagen etc.) und Kantinensessen wird die Steuerfreiheit eingeschränkt bzw. aufgehoben. Der Steueranteil von Bruttolöhnen und -gehältern lag 1982 bei 16%, 1989 bei 18,3% und soll 1993 auf 18,6% erhöht werden:

1993 werden die Arbeitnehmer 31 Milliarden DM mehr Lohnsteuer bezahlen als 1982.

Massenarbeitslosigkeit ohne Ende

„Die 35-Stundenwoche ist dumm und töricht.“
Helmut Kohl 1984

Über die Dummheit oder Klugheit unseres Bundeskanzlers dürfen wir uns ja kein Urteil erlauben, aber die 35-Stundenwoche ist in jedem Fall der Null-Stundenwoche für Millionen vorzuziehen.

8 Jahre lang gab es 2 Millionen Arbeitslose in der ehemaligen BRD.

Die Währungsunion und Einführung der Marktwirtschaft in der DDR führten dort zur größten Industrievernichtung seit dem 2. Weltkrieg.

Gesamtdeutsch werden für 1991 fast 4 Millionen Arbeitslose und über 2 Millionen Kurzarbeiter erwartet.

(Die Schätzung stammt aus einem Gutachten der 5 führenden Wirtschaftsinstitute der BRD)

Unter Kohl gab es fortwährend Angriffe auf Arbeitnehmerrechte:

1983 Verschlechterung des Jugendarbeitsschutzes

Soziales Elend macht sich nicht nur am Einkommen fest, sondern auch am seelischen Zustand der Menschen. Der Gebrauch von illegalen Drogen, Alkohol und Tabletten ist in den 80ern massiv angestiegen. Ein erschreckendes Anzeichen für den Zustand unserer Gesellschaft ist der Anstieg der Zahl der Drogentoten:

Die Zahl der Drogentoten hat sich von 1986 bis 89 auf 991 verdreifacht. In diesem Jahr sind es schon über 1000.

Wohnungsnotstand

„Weniger Mieterschutz und höhere Mieten schaffen mehr neue Mietwohnungen.“
Bauminister Oskar Schneider 1982

Die Rechnung des früheren Bauministers ist nicht aufgegangen – es ging ihm wohl auch eher um die Förderung von Mietwahlen und Spekulanten.

1982 wurde der gesetzliche Kündigungsschutz durchlöcher und Mieterhöhungen wurden durch Staffelmieten erleichtert (im Mietvertrag ist festgelegt,

Ab 1986 wurde die Höchstzahlungsdauer für ältere Langzeitarbeitslose auf max. 2 Jahre gesenkt. Sie fallen dann in die Sozialhilfeabhängigkeit.

Die Beitragsquote zur Sozialversicherung der abhängig Beschäftigten hat sich seit 1980 von 16,2% auf 18,9% (Rekord) erhöht.

Bildung: Die Bildungschancen für Kinder aus ärmeren Familien wurden massiv verschlechtert.

1983 Streichung des Batög für Schüler und Umstellung auf Vollarbeiten für Studenten.

Nach den Studententemposten 1988/89 sah sich die Kohl-Regierung zu einer Korrektur ihres Batög-Kahlschlages von 1983 gezwungen. Ab Herbst 1990 wird die Hälfte des Batög als Zuschuß gewährt.

Für 1,4 Millionen Studenten gab es 1987 800.000 Studienplätze.

Renten: Die Rentner wurden in den letzten 8 Jahren besonders geschöpft.

Rentenreform: Länger arbeiten für kleinere Renten.

Ab 1992 orientieren sich die Rentenerhöhungen nicht an der Steigerung der Brutto- sondern der Nettolöhnen.

Das Rentennalter wird von 60 bei Frauen und 63 bei Männern auf 65 Jahre für beide Geschlechter bis zum Jahre 2012 heraufgesetzt.

Öffentlicher Dienst: Milliarden wurden den Beschäftigten weggenommen.

Kürzung der Eingangsbesoldung für Berufsanfänger im öffentlichen Dienst.

Außerdem Wegfall von Sozialleistungen und Arbeitszeitbetrug.

Durch Rationalisierung und Arbeitsplatzvermichtung wurde die Arbeitsheize erhöht:

Arbeitsplatzabbau von 100.000 bei der Bundesbahn seit 1979.

Pflegenotstand: 60.000 Krankenpflegerinnen) fehlen bundesweit, jährlich werden 90

Statt Müllvermeidung setzt die Kohl-Regierung verstärkt auf luftverschmutzende Müllverbrennung.

Trotz Tschernobyl ging es ab 1986 mit dem Ausbau der Atomenergie weiter.

In Wackersdorf wurden 2,6 Milliarden DM in den Sand gesetzt.

Aufrüstung und Waffenexport

„Frieden schaffen mit immer weniger Waffen.“
Helmut Kohl 1983

Eine glatte Lüge: Der Rüstungsetat wurde von 1982 bis heute von 44 auf 54 Milliarden DM erhöht!

100 Mrd. DM werden immer noch für den Jäger 90 eingeplant.

Von 1982-88 wurden für 625 Mio. DM Waffen an den Irak geliefert.

Es wurden Giftgasanlagen in den Irak und U-Boot-Baupläne an Südafrika geliefert – wahrscheinlich mit Wissen der Regierung.

Kohl gibt 3,3 Milliarden für die US-Intervention im Golf.

Wehr- und Zivildienstverlängerung auf 18 bzw. 24 Monate ab 1989.

1990 wurde die Verkürzung von Wehr- und Zivildienst auf 12 bzw. 15 Monate wirksam

Abbau demokratischer Rechte





Internationales

Ein neues Südafrika?

Die Freilassung Nelson Mandelas Anfang des Jahres, als er mit erhobener Faust nach 27 Jahren das Gefängnis verließ, markierte einen großen Erfolg der Bewegung in Südafrika. Die Legalisierung der Opposition war Ergebnis des immer größeren Drucks auf die Apartheidregierung von Ministerpräsident de Klerk, die sich seit Jahren einem ununterbrochenen Aufbegehren der schwarzen Arbeiter und ihrer Familien gegenüber sieht.

De Klerk und die ANC-Führung sitzen jetzt gemeinsam am Verhandlungstisch und verkörpern die Hoffnung vieler Schwarzer wie Weißer in Südafrika und weltweit auf ein friedliches Ende der Rassenentrennung. Doch inzwischen herrscht in der Provinz Natal und den schwarzen Townships der Terror der schwarz-nationalistischen Inkatha-Bewegung.

Am 2. Februar hielt de Klerk seine Antrittsrede für ein „neues Südafrika“. Seit dieser Rede haben sich die politischen Ereignisse in Südafrika überschlagen: Mandela wurde freigelassen, der Afrikanische Nationalkongress (ANC) und die Kommunistische Partei dürfen wieder offen politisch arbeiten, es gibt direkte Gespräche zwischen dem ANC und der Regierung. Vor kurzem ist sogar die regierende Nationalpartei (NP) für Schwarze geöffnet worden.

De Klerk ist offenbar zu der Schlussfolgerung gekommen, daß ein weiteres Vorenthalten von formalen demokratischen Rechten für die schwarze Bevölkerungsmehrheit geradewegs auf den blutigen Weg eines Bürgerkrieges führen würde. Doch de Klerk macht sich dabei weniger Gedanken um das Schicksal der Bevölkerung, als vielmehr um die wirtschaftliche und politische Stabilität und die privilegierte Stellung der weißen Herrschenden. Blumig formuliert hat es der Direktor von Anglo-American, einem der größten Unternehmen in Südafrika: „Wir dürfen den ‚neuen Wind‘ und sein Potential, die soziale Harmonie, die wir brauchen, um die Wirtschaft wieder auf die richtige Spur zurückzubringen, nicht unterschätzen.“

Aber das koloniale Apartheidsystem ist nicht länger lebensfähig. Allein seit 1986 ist die schwarze Stadtbevölkerung um 1/3 angewachsen. Die Industrie ist immer mehr auf eine integrierte, gemischtrassige Arbeiterschaft angewiesen. Selbst die Polizei und Ar-

1987/88 politische Generalstreiks, und der auf dem Höhepunkt der Bewegung gegründete Gewerkschaftsdachverband (COSATU) hat seine Mitgliederzahl seit 1986 auf 1,3 Millionen verdoppelt.

Schon kurz nach der Freilassung Mandelas flammten in verschiedenen Townships, ermutigt von den Rückzügen de Klerks, wieder Aufstände gegen Wuchermieten, schlechte Versorgung und mangelnde Schulausstattungen u.a. Mißstände auf. Dort zeigte de Klerk, daß er jederzeit wieder bereit ist, den Staatsapparat einzusetzen, wenn der Widerstand an die Grenzen des Apartheidssystems stößt. Mindestens 200 Menschen töteten Pretorias Sicherheitstruppen in jenen Tagen allein in Port Elisabeth.

Während er mit der linken Hand Nelson Mandela am Verhandlungstisch begrüßte, benutzte er die rechte, um eine Erhöhung der Sicherheitsausgaben um 500 Mio. DM im Juli durchzusetzen. Er weiß, daß der Widerstand aus der rechten Ecke des eigenen Lagers unabhängig vom Verhandlungsverlauf steigen wird, vor allem aber immer mehr Schwarze von der Einsicht auf die Straße getrieben werden, daß de Klerk das Eigentliche – wirtschaftliche Rassenentrennung, Ausbeutung und Unterdrückung – nicht in die Verhandlungen einbringt. Dann könnte Mandela an Vertrauen und Rückhalt in den eigenen Reihen verlieren.

Die Financial Times kommentierte anlässlich der Townshipaufstände nach Mandelas Freilassung und der Verschiebung der Verhandlungen: „Das Hinausschieben scheint veranlaßt durch eine Rebellion an der Basis gegen jene Führer (unter ihnen Mandela), die den Kompromiß und die Versöhnung predigen. Die Stimmung vieler ANC-Aktivisten vor Ort geht eher Richtung Aufstand.“

De Klerk weiß das. „Der Weg zu Verhandlungen kann mit Schlaglöffeln und Konfliktmomenten gesät sein, die in Unruhe münden könnten ... politische Reorganisation muß von einer Position der Stärke und Sicherheit ausgehen werden“, so sein Verteidigungsminister Malan.

Verhandlungen

Trotz aller Warnsignale setzt die ANC-Führung weiter auf eine Verhandlungslösung – und geht damit in das Netz Pretorias. Die links-liberale Wochenzeitschrift Weekly Mail aus Südafrika erfaßt die Hintergedanken Pretorias: „Wenn F.W. de Klerk und sein Kabinett durch die Freilassung Nelson Mandelas einen politischen Wirbel in Südafrika ausgelöst haben, so gibt es Anzeichen dafür, daß sie den ANC-Führer als Bollwerk sehen, das verhindert, daß sie von den Ereignissen überrollt werden.“ De Klerk bietet zwar eine „Regierung der nationalen Einheit“ an, aber nur zum Preis der Marktwirtschaft und einer Berufsarmee, tatsächlich einer von der Kontrolle der Bevölkerung losgelösten Staatsgewalt. Und Mandela hat sich schon verschiedentlich dazu bereit erklärt, die Verstaatlichungsforderungen sozusagen als Bauopfer preiszugeben.

Doch damit wäre das Schachspiel für Schwarz verloren. Eine Regierung, die die Interessen der Mehrheit ernsthaft vertreten wollte, würde unvermeidlich

mit dem auf Billiglöhnen basierenden, rückständigen und kranken südafrikanischen Kapitalismus in Konflikt kommen. Deswegen ruft die Freiheitscharta des ANC zur Verstaatlichung von Banken, Minen und Monopolkonzernen auf. In einem Land, in dem 80% der an der Börse gehandelten Werte vier (!) Konzernen gehören, zwingen längst überfällige Reformen für Billiglohnverdiener, Reservearbeiter und deren verarmte Familien am Prinzip des Marktes und der Monopole zu rütteln.

Der südafrikanische Kapitalismus braucht Hungerlöhne, um zu überleben. Könnte er Rassenentrennung und Armut selber überwinden, ohne seine Geschäfte zu gefährden, hätte er es seit Jahren getan, seit die schwarze Arbei-

Südafrika so viele Menschen ums Leben gekommen, wie seit der Gewaltverzichtserklärung des ANC ...“ (Frankfurter Rundschau, 18.8.90). Seit Mandelas Freilassung gab es insgesamt mindestens 1500 Tote. Viele sind durch de Klerks Staatsmaschine („ein integrierter Mann“ laut Mandela) ermordet worden, die meisten jedoch in Auseinandersetzungen mit Inkatha-Banden, die nach vierjährigem Bürgerkrieg in der Provinz Natal (4000 Tote) jetzt auch in anderen Gegenden Townships durch Brandschätzungen und Schlägertrupps unsicher und ganze Dörfer dem Erdboden gleich machen. Öfter ist beobachtet worden, daß sie, die vorgeben, die Zulus gegen die Vorherrschaft anderer schwarzer Stämme zu verteidigen,



Inkatha-Terrorbande und eines ihrer Opfer.

terklasse auf die Straße der Revolution getrieben wurde. Das steckt hinter der Verhandlungsforderung nach einer „strukturellen Sicherheit“ für Weiße – nicht der Schutz einer kulturellen Minderheit. Um die Funktion des Staates als letzten Schutzwall der wirtschaftlichen Verhältnisse aufrechterhalten zu können, bedarf es einer Art Vetorecht für Weiße.

Eine solche Nach-Apartheidsgesellschaft würde vielleicht die Abschaffung gesetzlicher Rassenentrennung bringen, aber an den Ursachen der Misere für die Schwarzen festhalten. Außerdem würde sich das Parlament mit solchen „strukturellen Sperren“, ohne die effektive Möglichkeit, Mehrheitsentscheidungen durchzusetzen, lähmen und neue Konflikte entlang von Rassen- und Klassenlinien außerhalb des Parlaments vorprogrammieren. Eine weitere Polarisierung wäre unvermeidlich und würde früher oder später wieder zu einer diktatorischen, von Gesellschaft und Parlament abgehobenen („bonapartistischen“) Regierung führen. Eine ANC/NP- oder sonstige Koalition hätte unter solchen Bedingungen nicht lange Bestand.

Bürgerkrieg

Aber schon jetzt zeigt sich, daß der derzeitige Verzicht der ANC- und Gewerkschaftsführungen, eine Kampagne mit Massenmobilisierung zu führen, einen hohen Preis kostet. „Selten sind in

gen, wie auch in Natal unter dem Ausnahmezustand: nächtliche Ausgangssperre, mit MGs ausgerüstete Polizeifahrzeuge, mit Stacheldraht eingezäunte Wohnheime („Todesfallen“), Verhaftungen ohne Gericht und freie Hand für Erschießungen. In Natal hat die „neutrale“ Armee in wenigen Tagen elf Menschen eines Dorfes erschossen, die sich gegen Inkatha bewaffneten. „Mandela will eine eiserne Faust, wir werden ihm eine eiserne Faust geben!“, triumpht der Polizeichef von Witwatersrand.

Die ANC-Führung hat mit ihrem Verzicht auf bewaffneten Kampf das Staatsmonopol auf Gewalt faktisch anerkannt, damit nicht nur die weiße Staatsmaschine, sondern auch den südafrikanischen Kapitalismus, den sie beschützt. Für viele Aktivisten ist das gleichbedeutend mit dem Verzicht auf eine wirkliche Mehrheitsregierung. Viele werden in die Arme des terroristischen Panafrikaner Congress (PAC) getrieben. Das bietet de Klerk nur weiteren Anlaß, den Repressionsapparat auszubauen.

Bewaffnung

Mandela sagte kürzlich, es sei immer schwieriger, die Forderung nach Selbstbewaffnung abzulehnen. Der Vorsitzende einer schwarzen Einzelgewerkschaft, Mji, erklärt: „Die Leute haben angefangen, das Gesetz in die eigene Hand zu nehmen.“ Die Gefahr besteht, daß bei einer rein spontanen Selbstbewaffnung die Auseinandersetzungen in die im Laufe gemeinsamer Kämpfe ausgetrockneten Kanäle überkommener Stammeskriege münden. Auch Pretoria hat ein Interesse an solchen Konflikten, denn mit einem zerstrittenen und zersplitterten Gegenüber läßt es sich besser verhandeln. „Mehrere Male wurden in jüngster Zeit Weiße mit geschwärzten Gesichtern gesehen, die, etwa aus fahrenden Autos, wahllos auf Schwarze schossen.“ (Spiegel).

Auch wenn gegenwärtig die Mehrheit der Weißen einen friedlichen Weg und de Klerk unterstützt, werden immer mehr in die Arme von Rechtsextremisten getrieben. Die rechtsextremistische Gruppe „Terre Blanche“ erklärte, Selbstverteidigung sei unter anderem notwendig, weil der ANC „unser Land fordert und damit droht, die Miene zu verstaatlichen“.

Die Inkatha und die weißen Rechtsextremisten arbeiten dem Staatsapparat in die Hände. Der ANC muß deswegen, wie es die Marxisten im ANC fordern, Inkatha durch ein kombiniertes Programm von Arbeiterbewaffnung und sozialen Maßnahmen zu Fragen wie Löhnen, Arbeitsplätzen, Erziehung und Wohnungen die schwarzen Massen in einer entschlossenen Bewegung gegen den Terror Buthelezi organisieren. „Das ist der Weg, Spaltungen zwischen den Unterdrückten zu überwinden und unwissende oder verwirrte Inkatha-Anhänger auf unsere Seite zu ziehen.“ (Marxistische Arbeitertendenz im ANC) Dieses Programm ist auch der erste Schritt zur Mobilisierung der Arbeiterklasse für den Sturz von Kapitalismus und Apartheid, für die Schaffung eines neuen, sozialistischen Südafrikas.

Oliver Schulz, Kassel
Jungsozialist



3 Millionen beteiligten sich im Juli an einer Aktionswoche gegen Inkatha.

mee stützt sich zunehmend auf Schwarze. Boykotte und Mißachtungskampagnen übergehen die „kleine Apartheid“ (wie getrennte Bänke, Busse usw.) oft einfach.

„Buren-Gorbatschow“

De Klerk versucht zu retten, was für die weiße Kapitalistenklasse zu retten ist. Er sieht sich einem seit Jahren anhaltenden Kampf der schwarzen Arbeiterklasse gegenüber, den auch ein vierjähriger Ausnahmezustand nicht brechen konnte. Die Bewegung verlagerte sich nach den Aufständen in den Townships (schwarze Siedlungen) zwischen 1984 und 86 und der Verhängung des Ausnahmezustandes immer mehr auf die betriebliche Ebene. Es gab

Congress Militant
Paper of the Marxist Workers' Tendency of the ANC
ANC unbanned! Don't stop the pressure...
Open letter to comrades Mandela:
Negotiations won't bring majority rule!

Now build a mass ANC to overthrow the government!

Die Zeitung der Marxistischen Arbeitertendenz des ANC. Exemplare können bei der Redaktion bestellt werden.

Golfkrise

Ist der „Irre von Bagdad“ an allem schuld?

Seit dem Einmarsch des Irak in Kuwait versuchen die Massenmedien alles, um die wahren Hintergründe der Krise im Nahen Osten zu vertuschen. An der Spitze steht die BILD-Zeitung, die Saddam Hussein als den „Irren von Bagdad“ bezeichnet. Er selbst sieht sich als „Befreier des arabischen Volkes“.

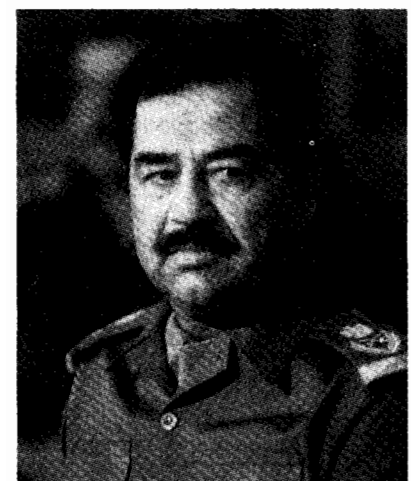
Wer nicht auf die Propaganda der BILD-Zeitung oder Saddam Husseins hereinfallen will, muß die Geschichte des Irak kennen. Saddam Husseins Diktatur steht am Ende einer langen Zeit der Ausbeutung und Unterdrückung Arabiens durch westliche kapitalistische Staaten.

Anfang des Jahrhunderts teilten Frankreich und Großbritannien die arabische Nation nach dem Motto „Teile und Herrsche“ unter sich in kleine Marionettenstaaten auf.

Irak und Palästina waren zunächst Schlüsselgebiete als Zugang nach Indien, um dann nach Ölfunden im Norden Iraks auch zu einem wirtschaftlichen Zentrum zu werden. Um die Kontrolle darüber nicht zu verlieren, war Militärgewalt nötig. Also löschte die britische Luftwaffe 1924 mal eben eine ganze Stadt aus (Sulaimania).

Kampf um Unabhängigkeit

Allerdings ließ sich auch die irakische Bevölkerung nicht ohne weiteres beherrschen: 1920/21 wurden Unabhängigkeitsbewegungen von der britischen Armee blutig unterdrückt. Da-



Saddams Diktatur ist ein Produkt der Politik des Imperialismus.

Weltwirtschaft

Die Titanic hält Kurs

Der Wirtschaftsaufschwung ist einer der wichtigsten Trümpfe im Wahlkampf von CDU/CSU und FDP. In Westdeutschland sei er ungebrochen, in Ostdeutschland würde ihn die Marktwirtschaft in den nächsten Jahren schon herbeiführen – so lautet ihre Propaganda. Tatsächlich sind die Konjunkturdaten der (west)deutschen Wirtschaft im internationalen Vergleich relativ gut.

Doch diese Sonderkonjunktur der deutschen Wirtschaft sollte nicht über den äußerst instabilen Zustand der Weltwirtschaft hinwegtäuschen, von der sich letztendlich auch die deutsche Wirtschaft nicht loskoppeln kann. Und international mehrten sich die Anzeichen für eine wirtschaftliche Wende in Richtung Rezession.

Die weltwirtschaftlichen Konjunkturdaten zeigten seit geraumer Zeit nach unten – längst bevor die Golfkrise zusätzliche Ölpreisprobleme aufwarf. Die Zuwachsraten der OECD-Länder (24 wichtigste Industriestaaten) sind rückläufig; lagen sie 1989 noch zwischen 3% und 4%, so wird für 1990 nur mit durchschnittlich 2,7% gerechnet. Auch die Ausdehnung des Welthandels –

raufhin setzte Großbritannien den König Faisal ein. Weitere Streiks und Massenkämpfe führten zur formalen Unabhängigkeit 1932. Doch das Öl, Schienenwege, Häfen und ein Großteil der Industrie blieben in britischem Besitz. Militärstützpunkte und Truppen Großbritanniens behielten die Macht.

1934 entstand die Kommunistische Partei Iraks (IKP). Sie führte eine ganze Reihe von Massenstreiks, z.B. der Eisenbahner und Ölarbeiter in den 40er Jahren. 1947/48 stand sie an der Spitze von Aufständen gegen die Verhandlungen mit der Labour-Regierung in Großbritannien. Nach Hunderten von Opfern wurde die Regierung gestürzt und das Abkommen aufgekündigt. Doch die moskauhörige IKP bildete keine eigene Regierung, sondern forderte eine Koalition auch mit bürgerlichen Parteien. Die folgende Ebbe in der Bewegung nutzten die bürgerlichen Parteien zur brutalen Unterdrückung der IKP.

Auch wenn die imperialistischen Länder wie Frankreich, Italien und Großbritannien den Nahen Osten bis nach dem 2. Weltkrieg direkt beherrschten, so mußten sie diese Länder doch wirtschaftlich entwickeln, um sie ausbeuten zu können – natürlich niemals soweit, daß sie zu wirklichen Konkurrenten geworden wären. So entwickelte sich in allen Marionettenstaaten auch eine schwache Kapitalistenklasse mit gewissen Eigeninteressen. Die wachsende Unabhängigkeitsbewegung der Landbevölkerung und der Arbeiterklasse bedrohte gleichzeitig den Kapitalismus und die wirtschaftlichen Interessen der Westmächte am Öl.

Um diese Interessen zu wahren, er-

hielten die kleinen Diktaturen und Monarchien mehr Eigenständigkeit. Die inzwischen zur Weltmacht Nr. 1 aufgestiegenen USA mußten deshalb die einzelnen Staaten – nicht zuletzt über Israel – gegeneinander ausspielen bzw. zu mächtig gewordene Diktaturen stürzen.

Das klappte natürlich nicht immer: Um 1958 das halbherzige ägyptisch-syrische Bündnis („Vereinigte Arabische Republik“) zu brechen, setzten die USA und Großbritannien das irakische Regime unter Druck, nach Jordanien einzumarschieren. Doch die Armee revoltierte und es gab Aufstände. König, Kron-



Giftgasmord im eigenen Land: 5000 irakische Kurden wurden 1988 im Dorf Halabdscha umgebracht.

prinz und Ministerpräsident wurden umgebracht. Das neue Militärregime im Irak unter Kassim stand unter dem Druck einer Massenbewegung, die auch der IKP Massenzulauf brachte.

Um nach einer Landreform auch noch drohende Verstaatlichungen zu verhindern, unterstützten die USA 1963 einen Putsch, an dem die heute noch regierende Baath-Partei beteiligt war. Die 1942 gegründete Baath-Partei nennt sich zwar „sozialistisch“, ist aber bürgerlich und arabisch-nationalistisch. Mit Hilfe des CIA führte das neue Re-

gime eine Vernichtungskampagne gegen Kommunisten durch – 5000 Mitglieder der IKP wurden gefoltert und ermordet.

Die Linkswende der Baathpartei in Syrien führte Ende 1963 zu einer Säuberung im Militärregime des Irak. Das Regime des General Aref war jedoch nicht viel stabiler als das von Kassim.

1968 organisierten Offiziere vom rechten Flügel der Baathpartei wieder einen Putsch, Saddam Hussein war unter ihnen. Mit dem Anstieg der Ölpreise in den 70er Jahren konnte sich das Regime eine zeitlang stabilisieren.

Diese Abfolge von Putschen und Militärregimes war jeweils durch die Interessen der westlichen Mächte und der schwachen irakischen Kapitalistenklasse bestimmt. Im Unterschied zu Syrien, wo das Regime nach einem Putsch den

Interessen der westlichen kapitalistischen Mächte zu bedrohen. Der 1980 begonnene Krieg gegen den Iran bedeutete auch eine willkommene Ablenkung von inneren Problemen.

Für die westlichen Staaten wurde die Situation kompliziert: Eine sich ausbreitende arabisch/islamische Revolution sowie ein starker Irak gefährdeten ihre Kontrolle über das Öl. Damals war übrigens für BILD noch Khomeini der „Hitler vom Golf“. Die westlichen Staaten setzten auf einen Sieg des Irak und lieferten ihm deshalb modernste Waffen. Gleichzeitig hofften sie, daß der Krieg ihn ausblutet.

Vom Westen hochgerüstet und hochverschuldet lag die irakische Wirtschaft nach dem Ende des Golf-Krieges 1988 am Boden. Deshalb wollte der Irak die Schulden nicht zurückzahlen sowie den Ölpreis kontrollieren. Die im Interesse der westlichen kapitalistischen Staaten liegende Preisdrückerei der OPEC-Staaten (Saudi-Arabien, Kuwait, Emirate) konnte Saddam durch politischen Druck nicht stoppen und marschierte deshalb in Kuwait ein.

alten Staatsapparat gestützt von einer Massenbewegung zerschlug und die Industrie verstaatlichte, hatten die Verstaatlichungen im Irak rein bürgerlichen Charakter.

Saddam Husseins Politik

Saddam Hussein selbst wurde 1979 Präsident. Die Revolution im Iran begann in diesem Jahr als soziale Revolution gegen den Schah und geriet dann unter Khomeini in die Sackgasse des Islam. Sie drohte sich trotzdem auszuweiten und sowohl Husseins Herr-

Saddams Geschwätz von der „Befreiung der Araber“ ist genauso geheuchelt wie die Bekenntnisse Bushs und Thatchers zu „Freiheit und Demokratie“. Sein Überfall auf Kuwait diente allein den Interessen der irakischen Kapitalisten und der Stabilisierung seiner Herrschaft. Die Befreiung des arabischen Volkes von Diktatur, Ausbeutung und imperialistischer Vorherrschaft kann nur das Werk der arabischen Arbeiterklasse sein.

Geert Möbius, Hamburg
Jungsozialist

IWF 4,8%.

Die US-Wirtschaft – die wichtigste der kapitalistischen Welt – kann ihre bisherige Rolle als Lokomotive der Weltwirtschaft nicht mehr spielen, sie befindet sich bereits auf Talfahrt. Die Zuwachsraten von 1% im ersten Halbjahr ist die niedrigste seit der letzten Rezession, in einem Drittel der Bundesstaaten ist die Krise schon da. Die Rekordverschuldung von Staat, Unternehmen und Konsumenten in den 80er Jahren fordert nun ihren Tribut.

Laut Financial Times (24.9.90) gibt es in den USA „einen Nachkriegsrekord bei der Zahlungsunfähigkeit Privater“ und sind die „Unternehmens-Bilanzen von Schulden durchzogen“.

Rezession trifft westliche Industrienationen

Die Neuverschuldung des US-Haushalts wird '91 über 250 Mrd. Dollar betragen. Die derzeit zwischen Bush und dem Kongreß umstrittene Kürzung von 40 Mrd. Dollar ist vor diesem Hintergrund absolut unzureichend; die angepeilte Kürzung von 500 Mrd. Dollar in den nächsten fünf Jahren eine bloße Absichtserklärung, die ebensowenig umgesetzt wird wie alle bisherigen massiven Kürzungsvorhaben. Hinzu kommt noch die Krise der US-Banken, von denen ca. 10% durch abenteuerliche Kreditvergabe als gefährdet gelten. Die Kosten für die Sanierung des bankrotten Sparkassensystems von 600 Mrd. Dollar

sind da nur die Spitze des Eisbergs.

Wenn die US-Wirtschaft in die Rezession abgleitet, wird sie über kurz oder lang auch andere Industriestaaten mit bereits jetzt niedrigen Wachstumsraten (Kanada, Britannien, Schweden) mit sich reißen. Das Schrumpfen des US-Marktes würde auch Japan betreffen. Die Wachstumsprognosen für die japanische Wirtschaft für 1990 liegen mit 3,5% schon jetzt relativ niedrig, wenn man bedenkt, daß Japan sogar während der Weltrezession Anfang der 80er Jahre um 3% Zuwachs zu verzeichnen hatte. Eine Lokomotivfunktion könnte Japan damit nicht übernehmen.

Der Einbruch der westlichen Exportmärkte würde die deutsche Wirtschaft besonders hart treffen, wenn auch vielleicht mit zeitlicher Verzögerung, denn die starke Neuverschuldung zur Finanzierung der Einheit wirkt zunächst wie ein Konjunkturprogramm. Doch etwa jede dritte Mark des Sozialproduktes wird im Export verdient; damit ist Deutschland von allen großen Industrieländern am stärksten exportabhängig. Daran ändert auch der jetzt um die DDR erweiterte Binnenmarkt nichts. Eine beginnende wirtschaftliche Erholung in Ostdeutschland könnte genau mit dem Einbruch der Rezession zusammenfallen und den bis dahin erreichten Standard im Osten ebenso gefährden wie im Westen.

Angela Bankert, Köln
Jungsozialist

Seite Zehn

„Attentat“ auf Nationalhymne

Nachdem sich am 3. Oktober die Bürger der jetzt ehemaligen DDR schon (mehr- oder minderschweren Herzens) von „ihrer“ Hymne „Auferstanden aus Ruinen“, die allerdings in letzter Zeit von Spöttern mit „40 Jahre nur Ruinen“ interpretiert wurde, verabschieden mußten, gab es am 6. Oktober in Sprockhövel ein „Attentat“ auf die bundesdeutsche Hymne!

Rund 100 Sängerinnen, Sänger und Musiker unter der musikalischen Leitung der Dirigentin und Komponistin Annegret Keller nahmen im Sprockhövelner IG-Metall-Bildungszentrum Brechts „Kinderhymne“ mit der allseits bekannten Melodie „Ode an die Freude“ von Ludwig van Beethoven, in der Bearbeitung von Hartmut Fladt, auf Ton- und Bildträger auf. Der Grund für diese mit erheblichem Aufwand und mit teilweise großem persönlichen Engagement entstandenen, bemerkenswerten Produktion ist schlichtweg der, daß unsere jetzige Nationalhymne bei vielen, vor allem aber bei unseren Nachbarn sehr unliebsame Gefühle und Erinnerungen weckt. Dort wird diese Melodie auch auf Grund der „kohlossalen“ Vereinigung wieder mit „Deutschland, Deutschland über alles“ assoziiert. „Und daß die Völker nicht erleichen, wie vor einer Räuberin“,

wie es so treffend in Brechts Text heißt, wollen die beteiligten Künstler und Organisatoren dieses Werk als Alternative bzw. als Ergänzung zur „alten“ Hymne zumindestens zur Diskussion stellen. Was aus dieser Absicht wird und wie die Resonanz im jetzt bevölkerungsreichsten Staat in Mitteleuropa sein wird, ist abzuwarten.

Herbert Stütgens, SPD-Mitglied und Vertrauensmann bei Krupp-Rheinhausen

Kinderhymne

von Bertolt Brecht

*Armut spart nicht noch Mühe
Leidenschaft nicht noch Verstand
Daß ein gutes Deutschland blühe
Wie ein andres gutes Land
Daß die Völker nicht erleichen
wie vor einer Räuberin
Sondern ihre Hände reichen
Uns wie andern Völkern hin.*

*Und nicht über und nicht unter
Andern Völkern wolln wir sein
Von der See bis zu den Alpen
Von der Oder bis zum Rhein
Und weil wir dies Land verbessern
Lieben und beschirmen wir's
Und das liebste mag's uns scheinen
So wie andern Völkern ihr's.*

Odenwald

Veranstaltung zu Trotzki's 50. Todestag

Die Jusos Münster und einige VORAN-Unterstützer aus dem Odenwald führten am 11.9.90 eine Veranstaltung zu Leo Trotzki's 50. Todestag durch. Dabei legten wir den Schwerpunkt darauf, daß man Trotzki nicht als einen einzelnen bolschewistischen Idealisten sehen darf, denn es zu bewundern gilt, sondern vielmehr darauf, daß der Kampf Trotzki's ein Kampf für den Sozialismus und gegen die bürokratische Entartung der sowjetischen KP war.

Zu unserer Überraschung waren über 15 Interessierte Gäste zur Veranstaltung gekommen, die zum Großteil weder bei der SPD noch bei den Jusos organisiert sind, sogar ein Mitglied der Jungen Union war anwesend.

Nach einem Film über Trotzki und einem Kurzreferat, das sich darauf beschränkte, einige Fehler des gezeigten Films zu korrigieren, kam sofort eine Diskussion über das Vorgehen der Bol-

schewiki nach der Oktoberrevolution und im Bürgerkrieg sowie deren Demokratieverständnis auf. Die Diskussion setzte so plötzlich und intensiv ein, daß ein weiteres Referat eines Genossen nicht mehr gehalten werden konnte. Hierbei stellte sich heraus, daß durch die Verfälschung der sowjetischen Geschichte durch die Bürgerlichen als auch durch die Stalinisten die meisten Anwesenden nicht wußten, daß in der Zeit zwischen der Oktoberrevolution und dem Bürgerkrieg alle Parteien (außer den „Schwarzen Hundert“) in der UdSSR zugelassen waren. Lenin war außer in den Zeiten des Bürgerkrieges niemals für ein Einparteiensystem, wie es die Stalinisten immer glauben machen wollten. Er hatte vielmehr schon immer vor den Auswirkungen einer solchen Entscheidung gewarnt, falls diese von längerer Dauer sein sollte. Zu Ende der Veranstaltung disku-

Material für den Bundestagswahlkampf

Wahlkampfinfo

Inhalt: Bilanz der Kohl-Regierung, Fakten, Argumente, Zahlen, Zitate (Auszug siehe Mittelseiten), Kritik des SPD-Regierungsprogramms. Din A4, 16 Seiten, 2,50 DM

Poster: „Zeigt Kohl die rote Karte“

Format A2, gelbes Papier, schwarz-roter Aufdruck, Einzelexemplar 1,- DM, ab 10 Stück 50 Pfennig/Stück

Rote Karten

Vorderseite: Wichtige Argumente gegen Kohl; Rückseite: Sozialistisches Programm; Format A6 (Postkartenformat), roter Karton, Stückpreis 20 Pfennig, ab 50 Stück 15 Pfennig, ab 100 Stück 10 Pfennig.

Ich bestelle hiermit:

- Wahlkampfinfos
 - Poster „Zeigt Kohl...“
 - „Rote Karten“
 - Ich bitte um die Zusendung einer Button-Bestellliste
- Bitte mit Name, Anschrift und Telefon schicken an:
Redaktion VORAN,
Hansaring 4, 5000 Köln 1

Verkauft

Folgender Bericht erreichte uns von Klaus-Dietrich Sonn aus Neunkirchen (Saarland):

Ich wohne als marxistisch orientierter Juno in einem totalen Reformisten-Bezirk. In der Stadt, in der ich lebe, regiert seit 40 Jahren eine ausgesprochen rechte SPD: Sie fährt einen sozialfeindlichen Sparkurs, Geld ist nur für Prestigeprojekte (Bürgerhaus, Saarpark-Center) da. Frauenfeindlichkeit und rassi-



stische Bemerkungen gehören zur Tagesordnung. Die Juno-Arbeit ist geprägt von sektiererischer Selbstbemitleidung, mangelnder tagespolitischer Information und reformistischen Denktabus. Um mehr Jugendliche für uns zu gewinnen, habe ich kürzlich eine Juno-Schülergruppe gegründet, VORAN war mir dabei eine wichtige Argumentationshilfe. Doch der UB-Vorstand wirft mir bürokratische Knüppel vor die Beine, so daß ich in großer Sorge um unser Projekt bin.

Die VORAN-Ausgabe 7/8 dieses Jahres verkaufte ich bei folgenden Gelegenheiten: - In der Juno-AG: Die Vorsitzende fragte mich, wo ich VORAN her habe und mokierte sich über die „letzten Marxisten in der SPD“, ihre Stellvertreterin kaufte mir eine ab, einem mittellosen Asylbewerber (er ist Ex-Vorsitzender der Juno-Schwesterorganisation in Bangladesh) schenkte ich eine. - Im Bekanntenkreis: Aus meiner WG gewann ich zwei Leute durch VORAN-Verkauf zur Juno-Arbeit und SPD-Mitgliedschaft. Ihnen sagte das

Konzept, die SPD wieder zu einer Arbeiterpartei zu machen, voll zu! Im AK Umwelt der Saar-Jusos wurde ich ein Exemplar los, ein anderer Juno, der Polizist ist, meinte, mit VORAN könne er wohl kaum auf der Arbeit erscheinen.

- Am aggressivsten wurde mir auf dem Umwelt- und Friedenstag in Homburg begegnet: Die Jusos hatten dort einen Stand, an dem ich mich auch beteiligte. Als ich VORAN auslegte, stieß ich auf ablehnende Reaktionen wie „Hat das etwas mit unserer Bundesvorsitzenden zu tun?“, „Marx ist Murx“, daß ich VORAN feilböte, sei „nicht abgemacht“ gewesen. (An unserem Stand lagen ca. 30 Publikationen aus, keinesfalls hatten wir jede einzelne vorher abgemacht.)

- Den besten Absatz erzielte ich mit vier Exemplaren in meinem SPD-Ortsverein: Die ursprünglich ablehnende Vorsitzende meiner Juno-AG zahlte hier sogar den Solidaritätspreis!

- Im sozialistischen Touristenverein „Die Naturfreunde“, dem ich angehöre, wurde die Zeitung geringschätzig als „Kommunistenblatt“ bezeichnet, allerdings lasen manche probenhalber, freilich ohne zu kaufen. Insgesamt habe ich 10 Exemplare verkauft.

Kampffonds

Wenn von Opfern die Rede ist ...

Der Bundeskanzler konnte es kaum abwarten: Schon am 4. Oktober - einen Tag nach der „Einheit“ - prangte es von den Schlagzeilen: „Nun müssen alle Opfer bringen!“

Doch wenn von Opfern die Rede ist, hat die steuerzahlende Mehrheit der Bevölkerung unter Kohl mehr Steuern bezahlt als unter der alten SPD-Regierung. Um es genau zu sagen: 31 Mrd. DM mehr! Mit solchen Opfern muß am 2. Dezember Schluß sein! Deshalb setzt sich VORAN für einen SPD-Wahlsieg ein, auf dessen Grundlage eine Umverteilung von oben nach unten stattfinden kann. Um einen entsprechenden Beitrag im Wahlkampf machen zu können, muß die politische Basis der Zeitung auf- bzw. ausgebaut werden.

Zu diesem Zwecke haben die Teilnehmer an einem VORAN-Seminar Anfang Oktober ein sinnvolles Opfer gebracht - in Form von Spendenversprechungen in Höhe von 16.671,41 DM! Davon ist mit 8901,41 DM gut die Hälfte bereits bar bezahlt worden. Damit wollen wir einen weiteren PC und neue Software für die Zeitungsproduktion kaufen. Der versprochene Rest wird aber auch schnellstens gebraucht, denn das Wahlkampfmateriale (siehe Hinweis auf dieser Seite) muß finanziert werden.

Außer den Seminarteilnehmern danken wir Michael Kosch aus Wilnsdorf, der 42,50 gespendet und mehrere Förderabos verschenkt hat (übrigens eine nachahmenswerte Idee, z.B. für Freunde und Familie zu Weihnachten?); Peter Nowak, Zivildienstleistender aus Kassel, für die 10,40 DM; Michael Gerhards, Bundeswehrsoldat aus Köln, der 20,- DM für eine Zeitung gespendet hat; und Ulrike Hoffmann, Studentin aus Bremen, die 8,40 für den Kampf-

fonds überwiesen hat.

Damit haben wir mit 9272,31 DM im Oktober einen sehr guten Start ins letzte Quartal gemacht. Doch um unser Ziel von 31.320,- DM bis Jahresende zu erreichen, bedarf es weiterer großer Anstrengungen. Ein Tip: Jetzt ist es an der Zeit, sich als Wahlbesitzer bei den Wahlämtern zu melden. Dafür gibt es am 2. Dezember - je nach Ort - 40-50,- DM bar auf die Hand, die man für den Kampffonds spenden kann - fast geschenkt!

Fiz Garvie, Köln, SPD-Mitglied

Ziel
4. Quartal
Oktober,
November,
Dezember

31.320,-

9.272,31

Stand:
18.10.1990

Spendenkonto:
VORAN, Postgiroamt Essen
BLZ 360 100 43
Kto.-Nr. 2500 59-430

ihr da oben . . .

„Wiedergutmachung“

Nach über 50 Jahren reitet die IG Farben (auf Anweisung der Siegermächte seit 1952 „in Auflösung“ - i.A.) wieder gen Osten. Zur Erinnerung: Das wohl bekannteste Produkt der IG Farben war das Giftgas „Zyklon B“, das von den Nazis zur Ermordung von Millionen Juden benutzt wurde.

Eigentlich war die IG Farben (i.A.) als Rechtsnachfolger der alten IG Farben nur für die Bezahlung von Schadenersatzforderungen vorgesehen. Lächerliche 30 Millionen DM wurden als „Wiedergutmachung“ an jüdische Vereinigungen gezahlt. Die Ansprüche der ehemaligen Zwangsarbeiter in kriegswichtigen Betrieben wurden abgewiesen.

Und jetzt will das Unternehmen den Gegenwert von 884 Mio. Reichsmark wiederhaben, die es in den 30er Jahren unter anderem in die Chemiewerke Buna und Leuna investiert hat-

te. Die beiden größten chemischen Anlagen auf dem Gebiet der Ex-DDR waren 1949 enteignet worden.

Die Börsenkurse der angeblich aufzulösenden IG Farben (i.A.) schnellten nach diesem frechen Vorstoß prompt um 13% in die Höhe.

Teure Genossen

Als Delegierter zur Konferenz der Sozialistischen Internationale (SI) hat man seine persönliche Befreiung von Not und Ausbeutung bereits verwirklicht: Die Unterbringung erfolgte letztes in New York im Waldorf-Astoria-Hotel.

Ein Abgeordneter der indischen Janata-Dal-Partei kommentierte das mit den Worten, die Zimmermiete aller Sozialisten in dem Hotel sei vermutlich höher als das Bruttosozialprodukt Indiens. „Ohne Frühstück“, fügte ein Delegierter aus Nepal hinzu.

Guten Appetit

Was ißt man anlässlich der Eröffnung einer Veranstaltung gegen Hunger und Bildungsnotstand von Kindern in aller Welt?

Zum Beispiel Seezungenfilet „Sole Meuniere“, Spargelspitzen, Flußkrebbs garniert, Kalbsfilet, feine Pilze



mit delikat abgeschmeckter Sauce, Röstkartoffeln, glacierte Karotten, gedünstete Endivien, Vanilleeis mit Schokoladensauce, Mokka, ausgesuchten trockenen Weißwein Pouilly-Fume und passenden roten Bordeaux Schloßabzug gediegener Provenienz.

Das ist keine bitterböse Satire, sondern das Galadiner für die Könige, Präsidenten und Regierungschefs, die zum ersten Kindergipfel der UNICEF gegen Hunger und Bildungsnotstand eingeladen waren.

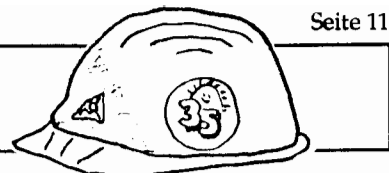
Sozialer Abstieg

Auch Top-Manager müssen Opfer bringen, wenn es ums Gemeinwohl geht. Der bisherige AEG-Vorstandsvorsitzende Heinz Dürr wechselt auf den Chefsessel der Bahn. Anstelle des bisherigen Jahreseinkommens von über einer Million Mark muß er sich jetzt mit läppischen 500.000 Mark begnügen. Aber als Hauptaktionär der von ihm aufgebauten und florierenden Dürr AG in Stuttgart, die Lackieranlagen für Autohersteller baut, ist er eh' finanziell unabhängig.



. . . wir hier unten

Aus Betrieb und Gewerkschaft



Südharzer Kalirevier, ehemalige DDR

Streiks und Straßenblockaden gegen Regierung

Anfang August drohte die Schließung der meisten Kalibetriebe. Die Folgen wären Massenentlassungen und Kurzarbeit gewesen. Die Zukunftsperspektive einer ganzen Region war in Gefahr. Am 2. August, als der Ernst der Lage klar wurde, entschlossen sich die Kumpel zu spontanen Kampfmaßnahmen wie Proteststreiks, Grubenbesetzungen und Straßenblockaden.

Auf einer Kundgebung vor dem Kaliwerk Bleicherode wurde der Direktor gezwungen, zurückzutreten. Die Wut der Kumpel zeigte sich vor allem in den Straßenblockaden. Arbeitsmaschinen aus den Gruben wurden quer über die Straßen gestellt. Selbst Einheimische konnten nur über Feldwege rein oder raus. Mehr und mehr Kollegen anderer Betriebe solidarisierten sich, wie z.B. die Molkerei Wipperfurth, wo kurzfristig für fast alle Mitarbeiter die Entlassung drohte. Sie errichteten eine Straßensperre aus Käse, um damit auch auf ihre Lage aufmerksam zu machen.

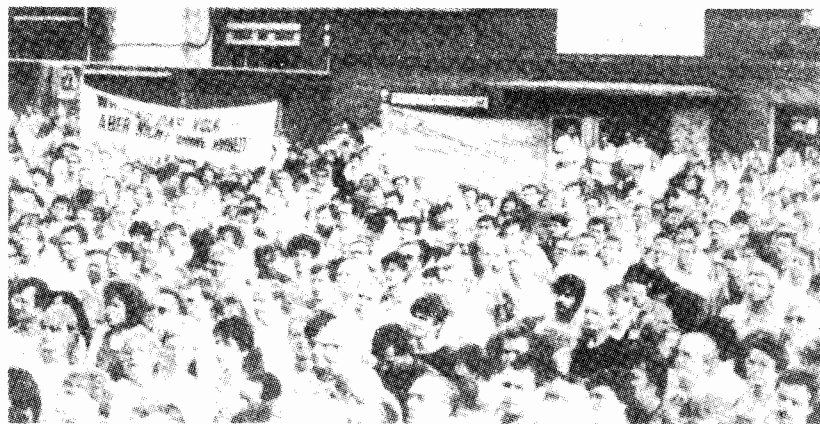
Am nächsten Tag hatten die meisten Geschäfte bis 12 Uhr geschlossen. Es bildete sich ein Demonstrationszug in Richtung Kaliwerk. Auf der anschließenden Kundgebung wurden die Forderungen der Arbeiter noch einmal deutlich gemacht: die Sicherung aller Arbeitsplätze durch ein Regierungskonzept sowie die Erhöhung des Kurzarbeitergeldes auf 80%.

Die Regierung hatte bisher den Ernst der Lage ignoriert. Deshalb wurden die Blockaden aufrechterhalten und die

Bezeichnenderweise wurde bis zu diesem Zeitpunkt kaum etwas in den Medien berichtet. Der Verkehrsfunk gab nur an, man solle das Gebiet weiträumig umfahren.

Am Sonntag war dann die gesamte Stadt auf den Beinen. Vertreter aus allen Kalibetrieben der DDR trafen in Bleicherode ein. Auf vielen Transparenten kam die Solidarität gegenüber den Kumpeln und die Wut gegenüber der Regierung zum Ausdruck. Natürlich verspäteten sich die Vertreter der Regierung - um zwei Stunden. In dieser Zeit versuchte der CDU-Bürgermeister aus dem Nachbarort die Arbeiter für die Privatisierung zu begeistern. Er hat-

Gruben weiter besetzt. Gabi Glaubrecht, die Vorsitzende der IGBEW (Bergbau-Energie-Wasserwirtschaft) begleitete die Kumpel in die Grube. Es wurde gedroht, die einzige offene Bahnverbindung, die Linie Halle-Kassel, zu blockieren, wenn kein offizieller Vertreter erschien. Den Kumpeln war klar, daß es dann auch zum Generalstreik in der Region kommen mußte.



Demonstration von Kali-Bergarbeitern.

te ja auf diese Weise ganze zwölf Arbeitsplätze geschaffen. Aber die Kumpel brachten ihn dann zum Schweigen.

Als die Regierungsvertreter mit einem Hubschrauber kamen, wurden sie erstmal mit Pfiffen und Buhrufen begrüßt. Der SPD-Staatssekretär machte den Eindruck, als würde ihn die ganze Sache nicht sonderlich interessieren.

jetzt hatten weder die Verhandlungsergebnisse noch das Auftreten der Regierung befriedigt. Jegliche Illusionen in die Regierung oder de Maizière waren verschwunden: „Der Bratschenspieler ist lieber in Bonn, als daß er sich für uns interessiert.“ Für alle war klar, daß, wenn bis zum darauffolgenden Donnerstag keine befriedigenden Ergebnis-



Die Arbeiter sind voller Wut auf Regierung und Betriebsleitung.

„Der schläft ja ein beim Sprechen!“ Der CDU-Staatssekretär Krause erntete massive Buhrufe als er behauptete: „Wir haben uns bisher schon ernsthaft diesem Problem gewidmet.“ Zwischen durch kamen immer wieder die Rufe: „Denkt an die Bahnlinie!“

Beim Verlesen der Verhandlungsergebnisse kamen verschiedene Proteste auf. Denn es stellte sich heraus, daß das Kurzarbeitergeld von 80% nur für die Wenigsten gewährt werden sollte. Bis

se vorliegen sollten, die ganze Region in den Ausstand treten würde. Diese Drohung zeigte Wirkung. Am entsprechenden Tag wurde ein Konzept vorgelegt, wodurch neue Arbeitsplätze langfristig geschaffen werden sollen. Keiner wird im Jahr 1990 entlassen. Das Kurzarbeitergeld wird für alle auf 80% erhöht. Weiter wurden zusätzlich 15 Millionen DM für Bleicherode und Sollstedt bereitgestellt. Auf einmal gings.

Stefan Zarft, Berlin, ÖTV-Mitglied

„Alternative Metaller“ in Kassel

„Der Vorstand der Industriergewerkschaft Metall ... hat ... beschlossen, Sie aus der IG Metall auszuschließen.“ Das wurde den Kollegen K. Ehlers, H.G. Müller, H. Schäfer und D. Seidel Mitte September mitgeteilt. Die anderen fünf Kandidaten der Betriebsratswahl 1990 Liste „Alternative Metaller“ von Mercedes Benz in Kassel erhalten ein vierjähriges gewerkschaftliches Funktionsverbot.

Doch wie kam es dazu? Vorausgegangen war im Betriebsrat und IG Metall-Vertrauenskörper eine Auseinandersetzung über die Unterschrift unter das als KOSEMA (Kostensenkungsmaßnahme) bekanntgewordene Sparpaket des Mercedes-Benz-Vorstandes, das allen gewerkschaftlichen Vorstellungen und Zielen widerspricht.

Die Kollegen, die heute unter dem Namen „Alternative Metaller“ im Betrieb bekannt sind, sahen in der Vergabe der Unterschrift des damaligen Betriebsrates einen Verstoß gegen gewerkschaftliche Ziele und einen Rückschlag für die Kollegen. Letztlich führte diese Auseinandersetzung dazu, daß im April 1990 zwei Listen mit IG-Metall-Mitgliedern zur Wahl standen.

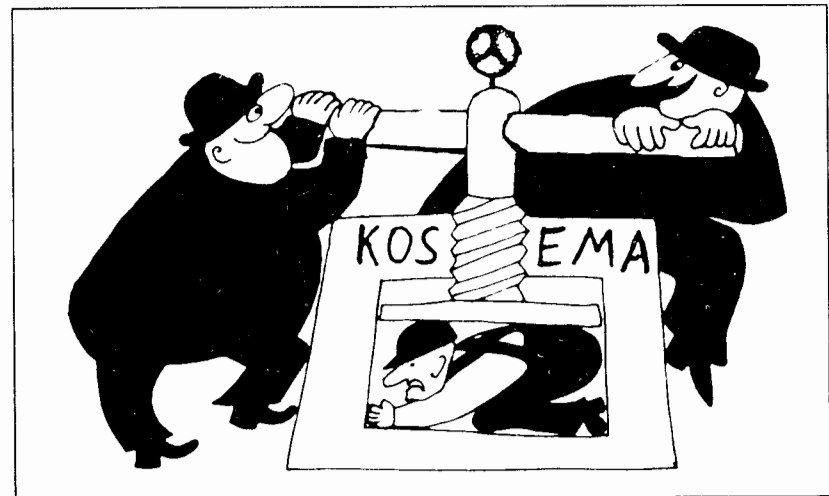
Durch ihre informierende und engagierte Arbeit im Betrieb gelang es den „Alternativen Metallern“, viele Kollegen für sich zu gewinnen, und vier von ihnen wurden zu Betriebsräten ge-

wählt. (IG-Metall-Liste: 60,8%, „Alternative-Metaller“-Liste: 25,2%. Beides sind Ergebnisse, die nur für den Arbeiterbereich sprechen.) Doch wie zu Beginn geschildert, wurde auf Antrag von „alten“ Betriebsräten und der IG Metall Kassel das Untersuchungsverfahren „wegen gewerkschaftsschädlichen Verhaltens“ initiiert und zum vorläufigen Abschluß gebracht.

Vom Vorstand der IG Metall wird die Kandidatur zu einer demokratischen Wahl mit Gewerkschaftsausschlüssen bzw. vierjährigem „Berufs“verbot bestraft. Dagegen werden Dinge wie KOSEMA, diesem Sparpaket, das zu massiven Verschlechterungen für die Kollegen an ihren Arbeitsplätzen führt, kommentarlos ignoriert. (KOSEMA heißt z.B.: alle Vorgabezeiten im Betrieb mit dem Ziel einer durchschnittlichen (!) fünfprozentigen Reduzierung zu untersuchen!)

Doch die „Alternativen Metaller“ geben nicht auf. Nach Ausschöpfung der innergewerkschaftlichen Rechtsmittel sollen die ordentlichen Gerichte das letzte Wort haben.

Doch VORSICHT Kollegen. Wenn zwei sich streiten, freut sich der DRITTE. Nur gemeinsam sind wir stark! Claudia Braun, ehemalige IGM-Jugendvertreterin bei Mercedes Benz in Kassel, jetzt BSE-Mitglied, Köln



ÖTV-Demo in Frankfurt

Erzieherinnen haben die Nase voll

Am 3.10.90 rief der Hauptvorstand der ÖTV Hessen unter dem Druck der Basis zu einer Auftaktveranstaltung zur Durchsetzung der Forderungen der Tarifrunde auf. Die Forderungen für die Tarifrunde wurden jedoch durch den ÖTV-Hauptvorstand im Vorfeld der Verhandlungen stark beschnitten.

Nachdem die jetzige Eingruppierung seit 18 Jahren gilt und einem Bruttolohn von 2500 DM entspricht, wollen die Erzieherinnen eine Einkommenshöhung um ca. 800 DM durch eine höhere ECKEINGRUPPIERUNG. Damit hätte „die Schallmauer zwischen Frauen- und Männerdomänen im öffentlichen Dienst durchbrochen werden können“, wie es die ÖTV-Bezirksfrauensekretärin für Hessen ausdrückte.

Einen Tag vor der Auftaktveranstaltung in Frankfurt hatte der ÖTV-Hauptvorstand dann den Beschluß ge-

faßt, die höhere Gehaltsstufe für Erzieherinnen bei 3000 DM (brutto) enden zu lassen. Die Gewerkschaftsführung sieht die Forderungen als zu hoch an - welche Rolle wird sie dann im Tarifkonflikt selbst spielen?

Die Stimmung unter den Kolleginnen ist sehr gut und die Streikbereitschaft ist vorhanden - wie so oft auch bei anderen Tarifkonflikten, z.B. bei der letzten IG Metall-Tarifrunde. Die Forderungen - höhere Eingruppierung für Erzieher(innen), Kinderpfleger(innen) und Sozialarbeiter(innen)/-pädagog(innen); einheitlicher Tarifvertrag; Anerkennung bisher nicht berücksichtigter Tätigkeitsfelder; Finanzierung der Fort- und Weiterbildung - werden von den Mitgliedern als absolutes Minimum gesehen. Ein zehnwöchiger Streik in den Kindertagesstätten wie in Berlin unter dem rot-grünen Senat ist keine

unvorstellbare Utopie mehr, sondern eine Situation, die sehr schnell entstehen kann.

Zur Beurteilung der Frankfurter Auftaktveranstaltung kann man nur sagen, daß die Beteiligung bei 5000 Kolleg(inn)en lag, die eine Bereitschaft zum Arbeitskampf zeigten, aber noch wenig Erfahrung haben. Die kirchlichen Einrichtungen spielen auch in diesem Konflikt eine bremsende Rolle. Sie propagieren momentan mit Erfolg, daß ein Streik aus „humanitären Gründen“ zu unterlassen sei.

Gerade aus „humanitären Gründen“ sollten die Kolleg(inn)en in den Kindertagesstätten für ihre berechtigten Forderungen kämpfen. Denn die Versorgung der Kinder darf in unserer Gesellschaft keine zweitrangige Rolle spielen.

Frank Albrecht, Wiesbaden Jungsozialist

Studentenwerk Aachen

Wahnsinn mit Methode

Anfang Oktober wurde der Küchenleiter der Mensa VI, Studentenwerk Aachen, von der Geschäftsleitung amtsentoben. Der Küchenleiter hatte die Verantwortung für die Öffnung der Mensa abgelehnt, weil er die Zustände dort für katastrophal, unhygienisch und daher dem Personal und Mensabesuchern unzumutbar hielt.

Nach dem Mitbestimmungsrecht hätte der Personalrat um Zustimmung zur Amtsenthebung gefragt werden müssen. Er wurde nicht einmal in der Sache angehört. Anscheinend wurde von der Geschäftsleitung ausgenutzt, daß der Personalratsvorsitzende aufgrund eines Gerichtstermins in einer anderen Personalratsangelegenheit ganztagig verhindert war, die erste Stellvertreterin einen Arzttermin wahrnehmen mußte und der zweite Vorsitzende im Fahrdienst eingesetzt und somit nicht erreichbar war.

Zur Vorgeschichte: Nach jahrelangen Bemühungen war endlich der Einbau

einer Spülmaschine bewilligt und entsprechend Personal eingestellt worden. Ein Ökoprotjekt an der Hochschule und der Personalrat hatten sich für diese Maßnahmen eingesetzt, um das umweltschädliche Einweggeschirr zu ersetzen und Arbeitsplätze zu schaffen.

Nach Ende der dreimonatigen Schließungsperiode waren die Umbauarbeiten immer noch nicht abgeschlossen. Dennoch sollte zum Semesterbeginn auch diese Mensa wieder geöffnet werden. Bei einer Begehung durch den Personalrat am Morgen des Öffnungstages lagen noch diverse Einzelteile der neuen Spülmaschine auf dem Küchenboden, ein notwendig gewordener zweiter Aufzug, der laut Geschäftsführer Stark nur „vom Feinsten“ sein sollte, fehlte völlig. Dafür blätterte in dem vorhandenen, für den Transport der Speisen vorgesehenen Aufzug die Farbe von den Wänden.

Weil weitere notwendige Baumaßnahmen noch nicht durchgeführt bzw.

vollendet waren, und weil er insbesondere die hygienischen Zustände dem Personal und den Mensabesuchern für nicht zumutbar hielt, lehnte der Küchenleiter die Verantwortung für die Öffnung der Mensa gegenüber Geschäftsleitung und Personalrat ab und bat um Weisung. Die Geschäftsleitung reagierte mit Amtsenthebung.

Hätte der Küchenleiter die Verantwortung nicht abgelehnt, wäre er möglicherweise wegen der unhygienischen Zustände zur Rechenschaft gezogen worden. Klar, daß sich der Küchenleiter für „dumm verkauft“ fühlt. Der Personalrat hat inzwischen Klage beim Verwaltungsgericht eingereicht. Der amtsentobene Küchenleiter klagt zusätzlich mit Hilfe der Gewerkschaft ÖTV über den Weg des individuellen Arbeitsrechts.

Zu dem ganzen Skandal kann man nur sagen: Und ist es auch Wahnsinn, so hat es doch Methode - selbständiges Handeln von Arbeitern soll schon im Kleinen verhindert werden, damit es nicht im Großen Schule macht.

Georg Kümmel, Aachen Jungsozialist

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften

Geschichte des Iraks
Wohin geht die Weltwirtschaft?
Seite 9

Naher Osten

Weg mit allen Diktatoren!

Bush will das Öl, nicht Demokratie

Jede westliche Regierung und jeder Journalist entdeckte Anfang August plötzlich, daß „Saddam Hussein ein neuer Hitler ist“. Die massive Propagandakampagne diente als Rechtfertigung für die größte Mobilmachung seit dem zweiten Weltkrieg. Doch seit September verzichteten die Bushs und Thatchers zunehmend auf diesen Vergleich, denn inzwischen hatten sie sich klargemacht, welche verheerenden wirtschaftlichen und politischen Folgen ein heißer Krieg hätte.

Ein schneller, schmerzloser Sieg der „13. Kavallerie“ nach dem Muster von Grenada oder Panama ist nicht drin. Bush und Thatcher haben bewiesen, daß sie sich von hohen Verlusten ihrer Truppen nicht abschrecken lassen würden. Aber die Gefahr einer Zerstörung der Ölanlagen macht sie vorsichtig.

Selbst eine komplette militärische Niederlage des Irak wäre für die westlichen Mächte und ihre arabischen Marionetten bloß ein Pyrrhussieg. Das Ergebnis einer militärischen Vertreibung Saddams wäre ein Trümmerhaufen, denn er würde die Raffinerien und Förderanlagen in die Luft jagen. Die Folge

gezogen werden.

Ein noch größerer Schrecken wären die Folgen für die reaktionären Ölscheichs und ihre Königreiche. Diese abgehobenen Regimes, bar jeder Legitimation und sozialen Basis im eigenen Volk, sind von den Ölmultis und westlichen Mächten abhängig und dienen ihren Interessen. Nach einem blutigen Feldzug der Imperialisten gegen ein arabisches Land werden solche Kollaborateure beim arabischen Volk noch mehr verhaßt sein. Sie würden wahrscheinlich durch eine Welle der Revolution vom Golf bis zum Atlantik weggefegt.

überhaupt keinen Ölmangel gibt, bleibt der Preis durch Spekulation und die Profitgier der Ölmultis gefährlich hoch. So wird es bleiben, bis die Golfkrise so oder so gelöst wird. Allein das macht Stagnation und Inflation in den USA unvermeidlich. Jeder Tag der Anwesenheit der Truppen der Imperialisten in Saudi-Arabien ist für das arabische Volk unerträglich. Der Druck der Massen auf die Regierung nimmt zu, die unheilige Allianz gegen Irak bröckelt ab. Noch eine Provokation seitens der israelischen Regierung, Hauptstützpunkt der USA im Nahen Osten, und der „breite Konsens“ hinter Bush bricht zusammen. Die Moral der GIs sinkt schon ab. Sie können nicht monatelang in der Hitze des Wüstensands schmoren.

„Kein Blut für Öl!“

Und jetzt kommt Bush unter Druck von der „Heimatfront“. Die Propagandakampagne gegen den „großen Diktator“ im August war vorübergehend wirksam. Die patriotischen Gefühle waren jedoch sehr oberflächlich und schwanden schon in der Schlange an der Tankstelle. Im September sahen 75% ein, daß die US-Truppen in der Golf-Region bleiben sollen, bis der Irak sich aus Kuwait zurückzieht. Schon vier Wochen später waren es nur 60%.

Auch die Skepsis in der Armee nimmt schneller zu als während des Vietnam-Krieges. Viele GIs verweigern den Kriegsdienst, weil sie „keinen Krieg für das große Öl“ führen wollen. In Georgia haben in einer Kaserne 200 (!) Soldaten die Kaserne unerlaubt verlassen.

Bushs Heuchelei

Die Heuchelei Bushs, Kohls, Mitterands und Thatchers bezüglich der Gefährlichkeit Husseins liegt auf der Hand. Sie selbst haben ihn jahrelang mit modernster Waffentechnologie, chemischen und biologischen Waffen ausgerüstet. Der Völkermord Saddams an den irakischen Kurden hat sie davon nicht abgehalten. Das NATO-Land Türkei, das jetzt mit den USA zusammen „Freiheit und Demokratie“ im Nahen Osten verteidigen soll, führt selbst einen blutigen Krieg gegen die Kurden.

Bush beruft sich auf einen Bericht von Amnesty International über Folter

in Irak und Kuwait. Aber warum erst jetzt? Die Militärdiktatur in Bagdad hat seit 30 Jahren Gewerkschafter und Sozialisten, Kurden und religiöse Minderheiten gefoltert und umgebracht – unterstützt von westlichen Regierungen, der Stabilität wegen. Erst jetzt, da Saddam mit den materiellen Interessen der westlichen Konzerne und ihrer Regierungen in Konflikt kommt, nehmen sie seine Verbrechen wahr. Folter in Ägypten bleibt dagegen unerwähnt – schließlich ist Mubarak „einer von uns“.

Kuhhandel USA – Irak

Daß der moralische Donner von Bush und Thatcher nur Theater ist, wurde durch die Veröffentlichung eines Gesprächs zwischen Saddam und US-Botschafterin Glaspie noch einmal bestätigt. Sie sagte vier Tage vor dem Einmarsch zu Saddam: „Wir haben keine Meinung zu arabisch-arabischen Konflikten wie ihrem Grenzkonflikt mit Kuwait.“

Washington war bereit, zwei Inseln und ein Ölfeld von Kuwait abzuschnei-

nicht – Demokratie und das Recht auf nationale Selbstbestimmung für das arabische Volk erreichen wollen oder können, macht sich große Illusionen. Denn hinter diesem Konflikt steht der große Konflikt des Nahen Ostens in diesem Jahrhundert: der zwischen der arabischen Revolution und den Interessen des Imperialismus. Die „Friedenstruppen“ und die arabischen Herrscher werden vom arabischen Volk zu Recht nicht als Befreier begrüßt, sondern als Unterdrücker erkannt.

Bush und Thatcher führen Krieg für ihre Marionetten, die Feudalherren Sabah, Emir von Kuwait, und König Saud von Saudi-Arabien. Der Sturz Saddams von außen würde weder Demokratie noch Freiheit bringen, sondern irgend einen neuen Diktator als westlichen Statthalter.

Das arabische Volk will die künstliche Trennung durch die vom britischen Imperialismus gezogenen Grenzen abschaffen. Der Sturz der Monarchie in Kuwait und der Wegfall der Grenze wäre fortschrittlich, wenn er nicht durch den Einmarsch einer Diktatur er-



Arabische Frauen, US-Soldaten: Die Amerikaner werden vom arabischen Volk als neue Kolonialherren gesehen.

eines Krieges, ob siegreich oder nicht, wäre eine Ölpreiserhöhung auf über 60\$ pro Barrel. Das würde die Inflation anheizen und so den amerikanischen, kanadischen und britischen Wirtschaften, die schon in eine Rezession hineintrutschen, einen kräftigen Schubs nach unten geben. Der Rest der Weltwirtschaft würde über kurz oder lang mit-

Aus Angst vor all diesen Gefahren haben Bush und Thatcher in den letzten Wochen in der verzweifelten Hoffnung gezögert, daß die Blockade entweder Saddam Hussein zum Rückzug zwingt oder einen Putsch gegen den Diktator provoziert.

Doch jetzt spüren sie die Schwierigkeiten eines „Sitzkrieges“. Obwohl es



Das Ende des Kalten Krieges.

den und seinem Freund „Adolf“ Saddam zu geben. „Ich dachte nicht – und auch kein anderer dachte – daß der Irak das ganze Kuwait nehmen würde“, gab Glaspie kurz nach dem Einmarsch zu und ließ so die Katze aus dem Sack. Und nach so einem gescheiterten Kuhhandel spricht Bush von der „Souveränität“ Kuwaits!

Wer glaubt, daß Bush und Thatcher – unter dem Deckmantel der UNO oder

folgt wäre. Die Bevölkerung Kuwaits wurde durch Plünderung und Unterdrückung entfremdet und die irakischen Massen werden nichts vom neuen Reichtum bekommen.

Die Diktatur Saddams Husseins sowie alle Diktaturen der Region müssen vom eigenen Volk, durch die Arbeiterbewegung gestürzt werden.

Brent Kennedy, Köln
SPD-Mitglied

- SPD und Gewerkschaften müssen die arabische Arbeiterbewegung im Kampf für nationale Selbstbestimmung und demokratische Rechte unterstützen.
- Keine Unterstützung für Bush und Thatcher; keine Bundeswehreinheiten in den Golf; die SPD muß gegen Kohls Zusammenarbeit mit Bush und Thatcher auftreten.
- Für eine Föderation demokratischer sozialistischer Staaten des Nahen Ostens, die die Rechte aller Völker (einschließlich Kurden, Palästinenser und Israelis) garantiert.

Ich möchte

VORAN

unterstützen und bitte um weitere Informationen

Name

Anschrift

Telefon

Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 0221/134504



Ich möchte

VORAN abonnieren, 6 Ausgaben zu 9,60 DM

VORAN weiterverkaufen und bestelle ____ Exemplare (in Kommission – Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

ein VORAN-Förderabo zu DM ____ beziehen (ab 20 DM)

Name, Anschrift, Telefon

Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1

Postscheckamt Essen, Bankleitzahl 360 100 43, Konto-Nr. 2500 59-430